



Energiewende im Inland als Instrument für Versorgungssicherheit

im Auftrag von Dominique Martin und Claudia Egli

Verband Schweizer Elektrizitätsunternehmen VSE

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Annick Doriot: Junior Projektleiterin

Thomas Burgunder: Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Roland Rey: Administrativer Mitarbeiter

Bern, 19.05.2023

Publiziert am 31. Mai 2023

Inhaltsverzeichnis

1	MANAGEMENT SUMMARY	4
2	BEFUNDE	6
2.1	Ausgangslage Energiepolitik.....	6
2.2	Trilemma Versorgungssicherheit-Bezahlbarkeit-Klima.....	11
2.3	Standorte zur Stromproduktion.....	19
2.4	Massnahmen für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit.....	20
2.5	Stromabkommen Schweiz – EU.....	25
3	SYNTHESE	29
4	ANHANG	32
4.1	Anhang gfs.bern-Team.....	32
4.2	Mandat.....	34
4.3	Forschungsplan.....	36
4.4	Grafische Aufbereitung.....	37

1 Management Summary



Die Schweizer:innen sind mit der Energiepolitik grundsätzlich mehrheitlich zufrieden. Wobei in der italienischsprachigen Schweiz und unter älteren Stimmbürger:innen die Zufriedenheit überdurchschnittlich hoch ist. Entlang des Parteienspektrums zeigt sich, dass die Zufriedenheit bei den Anhänger:innen der GLP, der Mitte und der Grünen sowie bei den Parteilosen am höchsten ist, während sich die Zufriedenheitswerte der SP und FDP im Mittelfeld befinden. Einzig die Sympathisant:innen der SVP äussern knappmehrheitliche Unzufriedenheit.



Herr und Frau Schweizer ordnen der Schweizer Stromproduktion drei zentrale Aufgaben zu und haben dabei eine klare Erfüllungshierarchie: Klimaneutrale Produktion, bezahlbarer Strompreis und Versorgungssicherheit sind dabei zentrale Aufgaben. Die konkrete Priorisierung der drei Aufgaben zeigt die Versorgungssicherheit unverändert als klare Nummer eins. Die klimaneutrale Energieproduktion wird hingegen von einer relativen Mehrheit als dritte Präferenz angegeben. Als bester Erklärungsansatz für die Priorisierung dient die Parteipräferenz, wobei alle Lager, bis auf die Anhänger:innen der Grünen, die Versorgungssicherheit am häufigsten als erste Priorität aufweisen. Unter Sympathisant:innen der Grünen steht die CO₂-Neutralität mit Abstand an erster Stelle.



Gegen Solaranlagen besteht praktisch kein Widerstand in der Stimmbevölkerung, solange sie nicht mitten in der Natur aufgestellt werden. Etwas kritischer ist man bei Windrädern oder mit Solastromanlagen auf freien Wiesen in den Bergen. Mit ersterem ist noch eine Mehrheit einverstanden, während letzteres mehrheitlich abgelehnt wird. Ein Gaskraftwerk in der Nähe des eigenen Wohnorts spaltet die Stimmbürgerschaft in praktisch zwei gleich grosse Lager, aber aktuell liegen die Gegner einen Prozentpunkt vor den Befürwortern.



Für die Stimmbevölkerung sind der Solaranlagenausbau auf Gebäuden und Fassaden, die Förderung von Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien im Inland die wichtigsten Instrumente zur Verhinderung der Strommangellage. Als Alternative denkbar sind aktuell auch Atom- und Gaskraftwerke für die Mitte und die rechts-bürgerlichen Parteien. Während die Atomkraftwerke in der gesamten Stimmbürgerschaft keine Mehrheiten überzeugen können, spalten die Gaskraftwerke die Stimmbevölkerung.



Die grösste Umsetzungsbereitschaft bei den persönlichen Sparmassnahmen ist bei der starken Anpassung des Strombedarfs zu finden, auch wenn man hierfür auf liebgewonnene Gewohnheiten verzichten muss. Die zweitbeliebteste Massnahme ist der konsequente Ersatz alter Haushaltsgeräte, auch wenn dies mit beträchtlichen

Mehrkosten verbunden ist. Keine Mehrheiten finden sich für den Bau von eigenen Photovoltaikanlagen oder Gebäudesanierungen, aber dort gibt jeweils jede:r Vierte an, dass dies nicht umsetzbar ist (z.B. aufgrund des Mietverhältnisses).



Eine klare Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten wäre für ein Stromabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Im Vergleich zum letzten Jahr hat die SVP-Anhängerschaft ihre Oppositionsposition verlassen und sich den restlichen Parteien angeschlossen. Allerdings gilt: Werden diesem hypothetischen Szenario eines Stromabkommens mit der EU Zugeständnisse gegenüber der EU beigefügt, verändert sich die Situation spürbar, und die Zustimmung sinkt auf 54 Prozent. Zudem finden sich in den Parteilagern der FDP und SVP keine Mehrheiten mehr für das Stromabkommen.

Befragt wurden 1'003 Stimmberechtigte der Schweiz online oder per Telefon (CATI), die mindestens einer der drei Hauptsprachen mächtig sind. Alle Angaben gelten bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Unsicherheitsbereich von ± 3.1 Prozentpunkten.

2 Befunde

2.1 Ausgangslage Energiepolitik

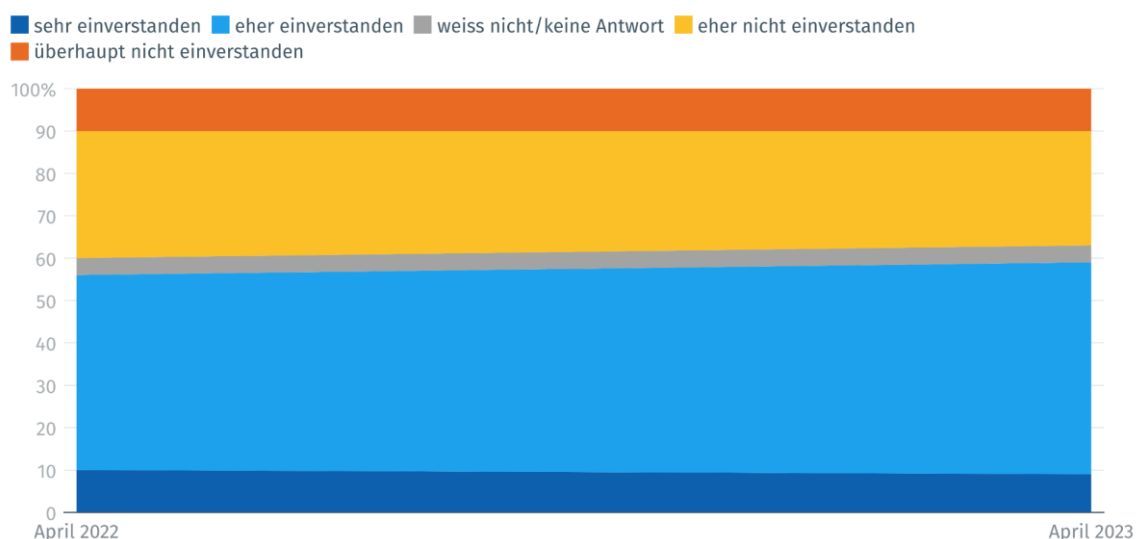
Grundsätzlich sind die Schweizer Stimmberechtigten mit der Energiepolitik unverändert mehrheitlich zufrieden:

Grafik 1

Trend Einverständnis Energiepolitik Schweiz

Ganz generell: Sind Sie mit der aktuellen Energiepolitik in der Schweiz sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023 (N = jeweils ca. 1010)

Insgesamt geben 59 Prozent (+3) an, eher oder sehr einverstanden mit der Schweizer Energiepolitik zu sein. Dem gegenüber stehen 37 Prozent (-3), die eher oder überhaupt nicht einverstanden sind. Die Energiepolitik polarisiert zurzeit nicht sehr stark, haben doch drei Viertel der Schweizer:innen keine dezidierte Meinung (50% eher einverstanden, 27% eher nicht einverstanden).

Das Einverständnis mit der Schweizer Energiepolitik ist dabei in allen untersuchten Untergruppen recht ähnlich und erreicht immer Mehrheiten, ausser im Lager der SVP (43% eher oder sehr einverstanden) und bei Personen mit Stromheizungen (38%). Vergleichsweise hoch ist die Zufriedenheit bei Stimmbürger:innen über 65 Jahren oder mit einer formell tieferen Bildung (jeweils 63%) sowie in der italienischsprachigen Schweiz (74%). Das Geschlecht und die Siedlungsart weisen keine statistisch signifikanten Unterschiede auf.

Nach Parteiaffinität zeigen sich leichte Unterschiede, wobei die Zufriedenheit im links-grünen Lager etwas grösser ist:

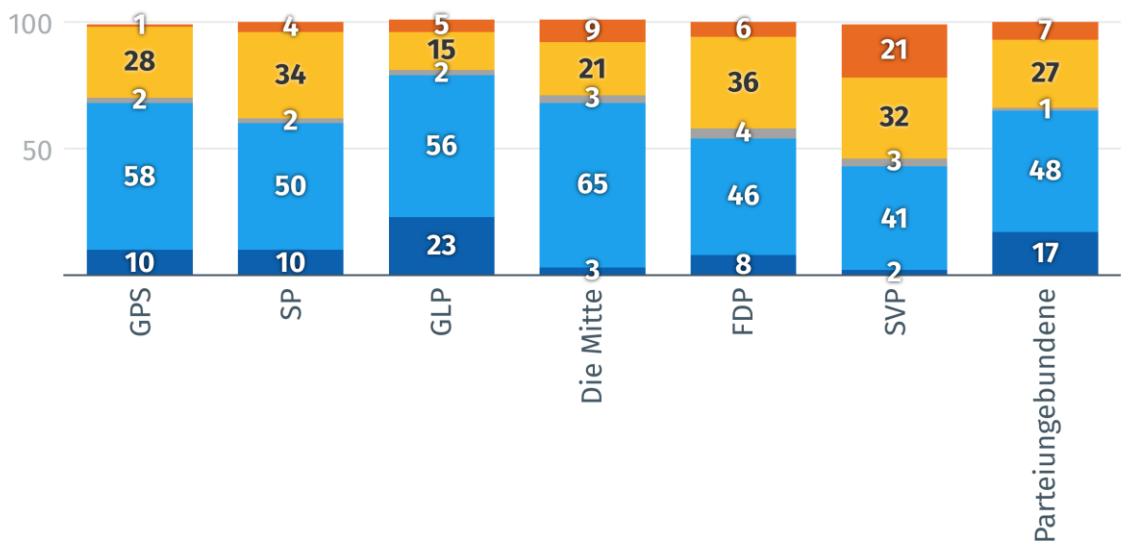
Grafik 2

Einverständnis Energiepolitik Schweiz nach Partei

Ganz generell: Sind Sie mit der aktuellen Energiepolitik in der Schweiz sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

■ sehr einverstanden ■ eher einverstanden ■ weiss nicht/keine Antwort
■ eher nicht einverstanden ■ überhaupt nicht einverstanden



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023 (n=882), sig.

Die GLP-Anhänger:innen bewerten die Energiepolitik am positivsten (79% eher oder sehr einverstanden, +6) gefolgt von der Anhängerschaft der SP (60%, -4) und der Grünen (68%, +6). Auch Stimmbürger:innen die der Mitte (68%, +8) und der FDP (54%, -2) nahe stehen sowie Parteiungebundenen (65%, +18), sind mit der Schweizer Energiepolitik mehrheitlich einverstanden. Unter der Anhängerschaft der SVP (43%, -4) ist der Anteil unter der 50-Prozent-Marke.

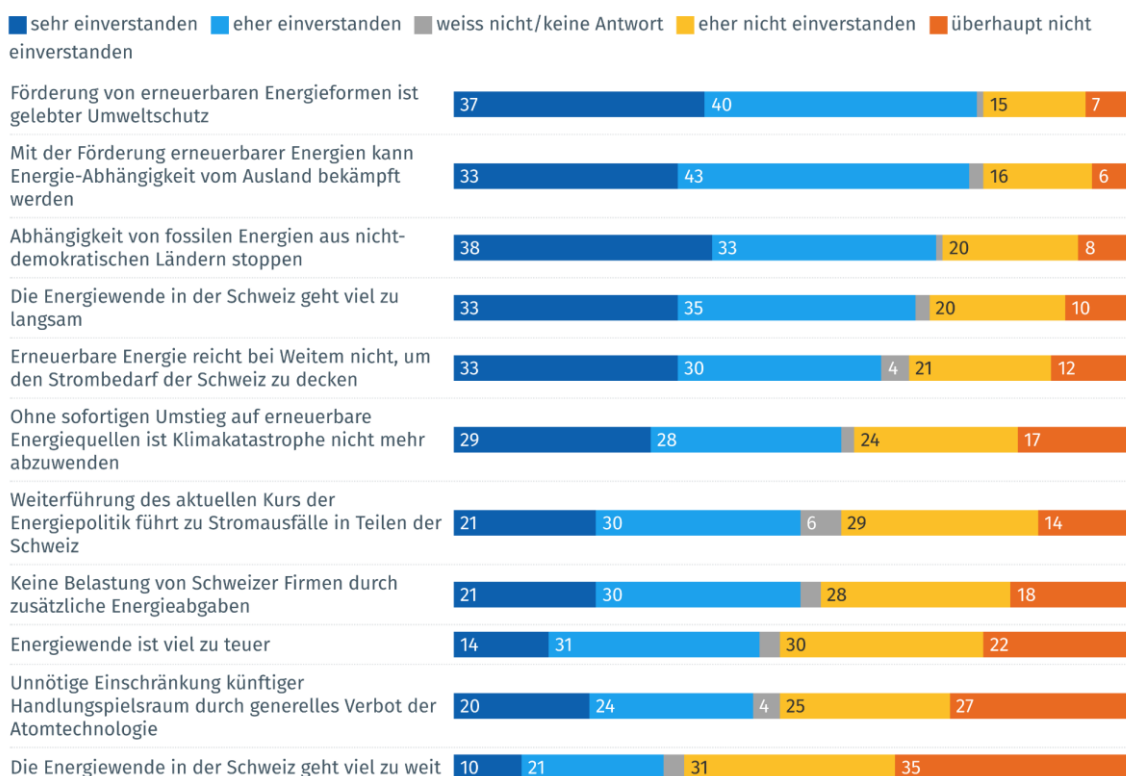
Mit Ausnahme von drei Statements werden alle abgefragten Aussagen zur Energie- und Umweltpolitik der Schweiz mehrheitlich geteilt. Mit knapp der Hälfte davon sind sogar mindestens 60 Prozent der Stimmbürger:innen einverstanden:

Grafik 3

Aussagen Energie- und Klimapolitik

Aktuell wird viel über die richtige Energie- und Klimapolitik in der Schweiz diskutiert. Sie können nun einige Aussagen lesen, die man immer wieder hört. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie damit sehr einverstanden, eher, eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023 (N=1003)

Am höchsten ist die Zustimmung zur Aussage, die Förderung von erneuerbaren Energieformen ist gelebter Umweltschutz. 77 Prozent (-8) sind damit eher oder sehr einverstanden. Es folgen zwei Aussagen zur Energie-Abhängigkeit: Jeweils über 70 Prozent der Stimmberechtigten finden, dass diese mit der Förderung erneuerbarer Energien bekämpft werden kann (76% eher oder sehr einverstanden, -7) und dass die Abhängigkeit von fossilen Energien aus nichtdemokratischen Ländern gestoppt werden soll (71%, -6).

Ebenfalls eine grosse Mehrheit unterstützt die neu abgefragte Aussage, dass die Energiewende in der Schweiz zu langsam vorwärtsschreitet (68%). 63 Prozent halten erneuerbare Energie nicht für ausreichend, um den Strombedarf der Schweiz zu decken (-6), während 57% die Abwendung einer Klimakatastrophe ohne den Umstieg auf ebendiese erneuerbaren Energiequellen für nicht mehr möglich halten (-11).

Gleich häufig werden die Aussagen von einer knappen absoluten Mehrheit (51%) unterstützt, dass ein Weiterführen des aktuellen Kurses der Energiepolitik zu Stromausfällen in Teilen der Schweiz führt (-11) und dass Schweizer Firmen nicht mit zusätzlichen Energieabgaben belastet werden sollen (-1).

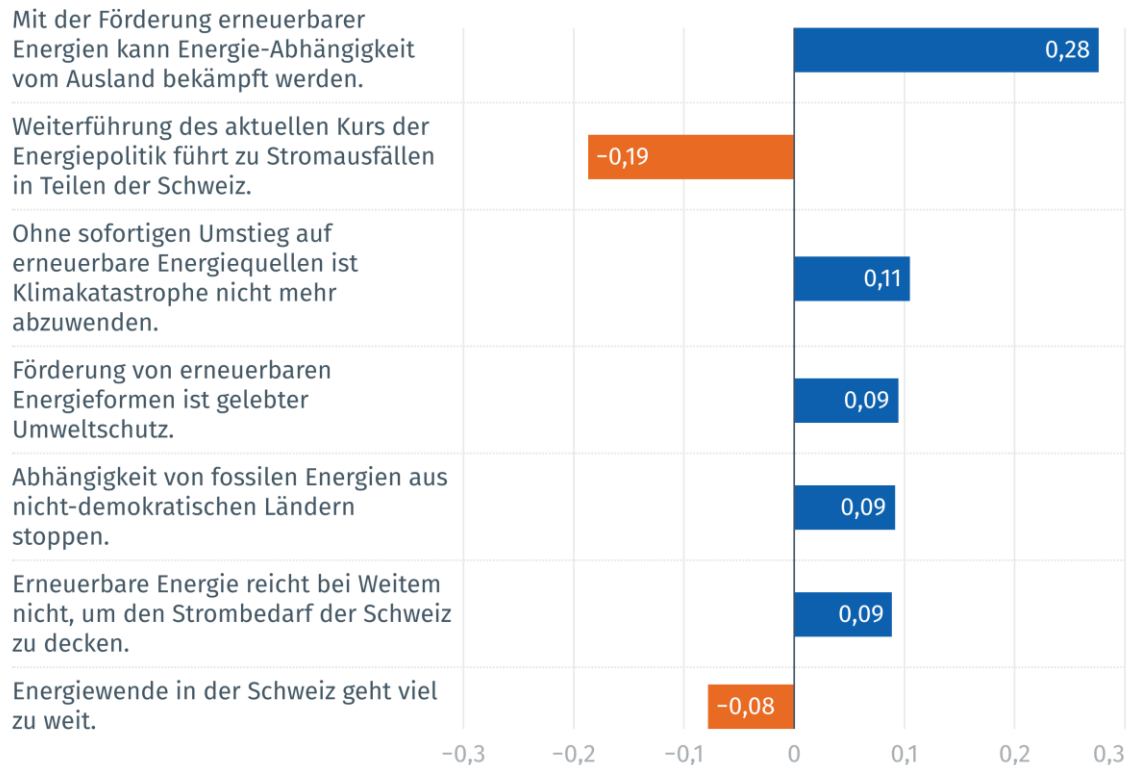
Mehrheitlich abgelehnt werden die Aussagen, dass die Energiewende viel zu teuer ist (52% eher/überhaupt nicht einverstanden, +4), dass ein generelles Verbot der Atomtechnologie zu einer unnötigen Einschränkung des zukünftigen Handlungsspielraums führt (52%, +14) sowie dass die Schweizer Energiewende zu weit geht (66%).

Insgesamt bleiben auch 2023 drei Erkenntnisse zentral: Die aktuelle Energiepolitik hat aus Sicht der Schweizer Stimmberechtigten nicht nur die beabsichtigten positiven Folgen auf Umweltschutz und Moderierung des Klimawandels, sie kann auch einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Auslandabhängigkeit leisten und dockt damit an eine zentrale politische Diskussion an. Inwiefern sie auch einen Beitrag zur Versorgungssicherheit in der Schweiz leistet, ist leicht weniger klar. So zeigt sich die Bevölkerung in der Frage, ob durch die Weiterführung der aktuellen Energiepolitik Engpässe zu erwarten sind hochgradig polarisiert, während relativ deutliche Mehrheiten davon ausgehen, dass erneuerbare Energie den Energiebedarf in Zukunft nicht deckt. Nichts desto trotz wollen Mehrheiten am aktuellen Kurs festhalten und die gesetzten Ziele sichtbar nicht reduzieren.

Neben der Zustimmung zu den Argumenten der Energiepolitik ist auch die Wirksamkeit auf die Zufriedenheit ein wichtiges Kriterium zur Identifikation effektiver Stossrichtungen einer Kampagne. Mithilfe einer Regressionsanalyse konnten so fünf Aussagen, die positiv mit der Zufriedenheit in Verbindung stehen und zwei die sich negativ auf die Zufriedenheit auswirken, identifiziert werden.

Grafik 4

Einverständnis Energiepolitik Schweiz nach Aussagen Energie- und Klimapolitik



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023, N=1003 (Erklärungsgrad: 28.1%)

Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Zusammenhanges von unabhängigen Variablen (hier: Zustimmung zu Aussagen zur Energiepolitik) auf eine abhängige Variable (hier: Einverständnis mit der Schweizer Energiepolitik). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob der Zusammenhang positiv (blau) oder negativ (orange) ist. Aspekte, welche in der Grafik nicht erscheinen, korrelieren nicht signifikant mit der Zufriedenheit mit der Energiepolitik der Schweiz.

Die fünf Aussagen, die mit einer erhöhten Zufriedenheit mit der Schweizer Energiepolitik in Verbindung stehen, lassen sich in zwei Gruppen einteilen. In der ersten Gruppe geht es um die Förderung erneuerbarer Energieformen: Wer der Meinung ist, dass damit die Energieabhängigkeit vom Ausland beziehungsweise von nicht-demokratischen Ländern bekämpft werden kann oder diese Förderung als gelebten Umweltschutz wahrnimmt, ist auch häufiger mit der Energiepolitik der Schweiz zufrieden. In der zweiten Gruppe ist man in der Tendenz ebenfalls zufriedener, wenn man sich durch den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen eine Abwendung der Klimakatastrophe verspricht oder der Meinung ist, dass erneuerbare Energieformen alleine nicht ausreichen, um den Schweizer Strombedarf zu decken.

Auf der anderen Seite sind jene Personen weniger zufrieden mit der Energiepolitik in der Schweiz, welche der Meinung sind, dass ein Weiterführen des aktuellen Kurses zu

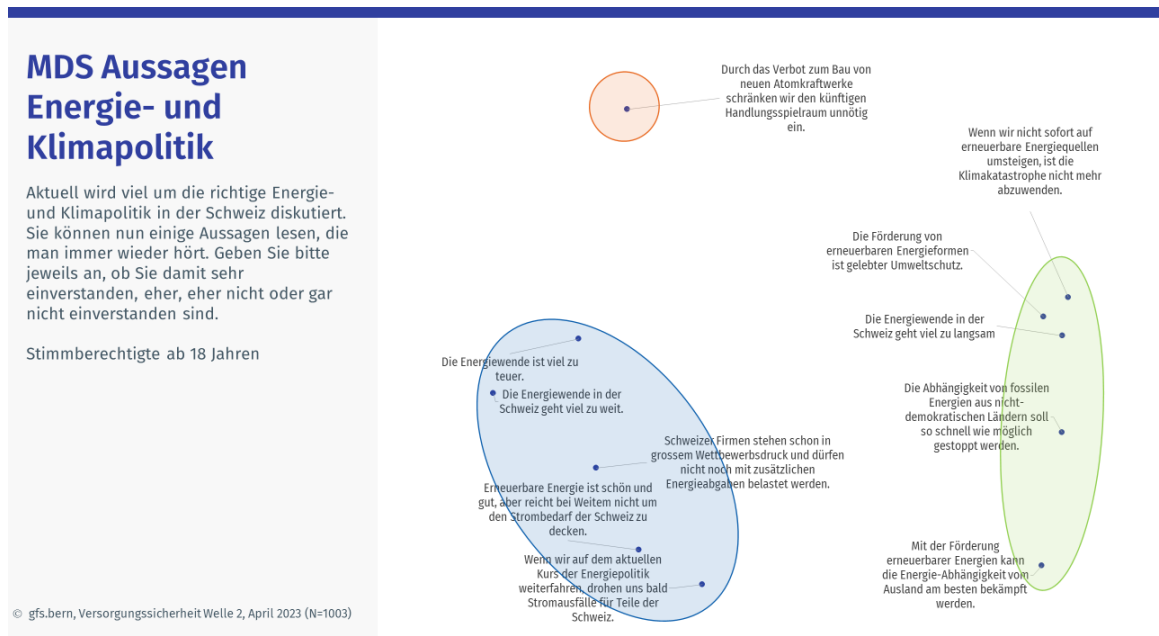
Stromausfällen in Teilen der Schweiz führe oder dass die Energiewende in der Schweiz viel zu weit gehe.

2.2 Trilemma Versorgungssicherheit-Bezahlbarkeit-Klima

Die Schweizer Stromproduktion hat grundsätzlich drei Aufgaben zu erfüllen: Erstens muss sie die Versorgung der Schweiz mit Strom jederzeit sicherstellen, zweitens muss der Strompreis für Haushalte und die Wirtschaft zahlbar sein, und drittens soll die Stromproduktion in der Schweiz im Sinne der Energiewendeklimaneutral sein. Die drei Aufgaben sind stark voneinander abhängig, und es ist nicht möglich alle drei gleichzeitig ideal zu erfüllen.

Die Stimmbevölkerung hat entlang dieses Trilemmas durchaus Vorstellungen bezüglich der Priorisierung der drei Aufgaben. Wird nämlich die Zustimmung zu den Aussagen zur Schweizer Energie- und Umweltpolitik von zuvor grafisch mittels multidimensionaler Skalierung (MDS) aufbereitet, gruppieren sich die zehn Aussagen in drei Cluster, die jeweils einen der Aspekte des Trilemmas repräsentieren:

Grafik 5



Legende: Die hier verwendete multidimensionale Skalierung (MDS) zeigt auf, welche Aussagen statistisch eine hohe inhaltliche Nähe haben. Eine hohe inhaltliche Nähe entsteht dann, wenn die gleichen Personen, die gleichen Aussagen gleich beurteilen. Grafisch sind Aussagen mit einer hohen inhaltlichen Nähe nahe zusammen dargestellt, während Aussagen mit wenig inhaltlicher Nähe weit auseinanderliegen.

Im linken unteren Teil des Diagramms sammeln sich die drei Aussagen, die den bezahlbaren Strompreis und die Versorgungssicherheit als zentrale Aufgaben der Stromproduktion in der Schweiz sehen. Die Aussagen beziehen sich dabei sowohl auf den Preis der Energiewende als Ganzes aber auch auf die Energieabgaben für Unternehmen. Als zusätzliche Elemente gehören auch die Ansichten dazu, dass die Energiewende an sich viel zu weit geht, erneuerbare Energien den Schweizer Strombedarf nicht decken und eine Kursweiterführung zu Stromausfällen in Teilen der Schweiz führt.

Am rechten Rand der Grafik kommen die Aussagen zu liegen, die erneuerbare Energie priorisieren: Einerseits gehören dazu die Aussagen, dass die Klimakatastrophe ohne

Förderung erneuerbarer Energiequellen nicht mehr abgewendet werden kann sowie dass diese Förderung gelebter Umweltschutz ist. Auf der anderen Seite finden sich die Aussagen, dass mit der Förderung erneuerbarer Energien die Abhängigkeit vom Ausland bekämpft wird sowie die Forderung, fossile Energien aus nichtdemokratischen Ländern zu stoppen. Zusätzlich hinzugekommen ist die Aussage, dass die Energiewende in der Schweiz zu langsam voranschreitet.

Das dritte Cluster bildet sich aus dem Item, das sich gegen ein generelles Verbot der Atomenergie ausspricht. Bezeichnenderweise steht der Bezug zur Atomkraft 2023 alleine da, während 2022 die Kritik am Atomausstieg noch sichtbar näher zum Lager von Personen mit dezidiert Priorisierung bei Strompreis und Versorgungssicherheit stand. Augenscheinlich ist die Atomkraft 2023 leicht weniger die inhärent logische Antwort auf die beiden Punkte, als wir dies noch 2022 festgehalten haben.

Wenn nun diese drei Aufgaben priorisiert werden sollen, stellt sich die Versorgungssicherheit unverändert als klare Nummer eins heraus:

Grafik 6

Trend Präferenzenindex

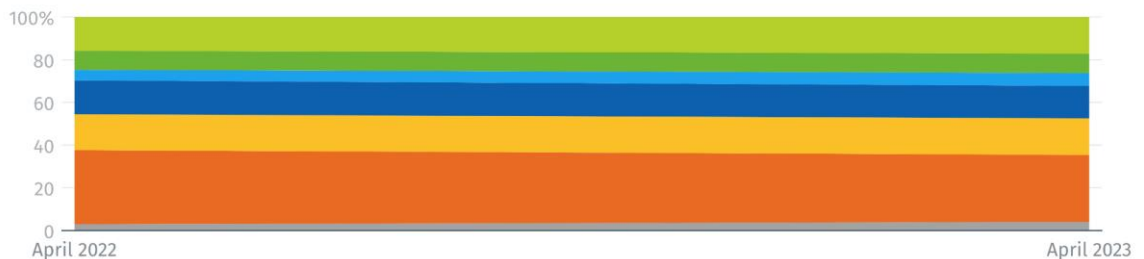
Die Schweizer Stromproduktion hat grundsätzlich drei Aufgaben zu erfüllen:

- Versorgungssicherheit
- bezahlbarer Strompreis
- klimaneutrale Energieproduktion

Wenn Sie selber entscheiden könnten, welche der drei Aufgaben soll aus Ihrer Sicht an erster Stelle stehen, welche an zweiter Stelle und welche an dritter Stelle?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

- weiss nicht/keine Antwort
- Versorgungssicherheit, Bezahlbarer Strompreis, Klimaneutrale Energieproduktion
- Versorgungssicherheit, Klimaneutrale Energieproduktion, Bezahlbarer Strompreis
- Bezahlbarer Strompreis, Versorgungssicherheit, Klimaneutrale Energieproduktion
- Bezahlbarer Strompreis, Klimaneutrale Energieproduktion, Versorgungssicherheit
- Klimaneutrale Energieproduktion, Bezahlbarer Strompreis, Versorgungssicherheit
- Klimaneutrale Energieproduktion, Versorgungssicherheit, Bezahlbarer Strompreis



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023 (N = jeweils ca. 1010)

Mit 49 Prozent (-5) gewichtet eine Mehrheit der Stimmberechtigten die Versorgungssicherheit am höchsten der drei Aufgaben. Ein Viertel gibt die klimaneutrale Energieproduktion als erste Priorität an (26%, +1). Rund jede:r Fünfte sieht den bezahlbaren Strompreis als wichtigste Aufgabe (22%, ±0).

Grafik 7

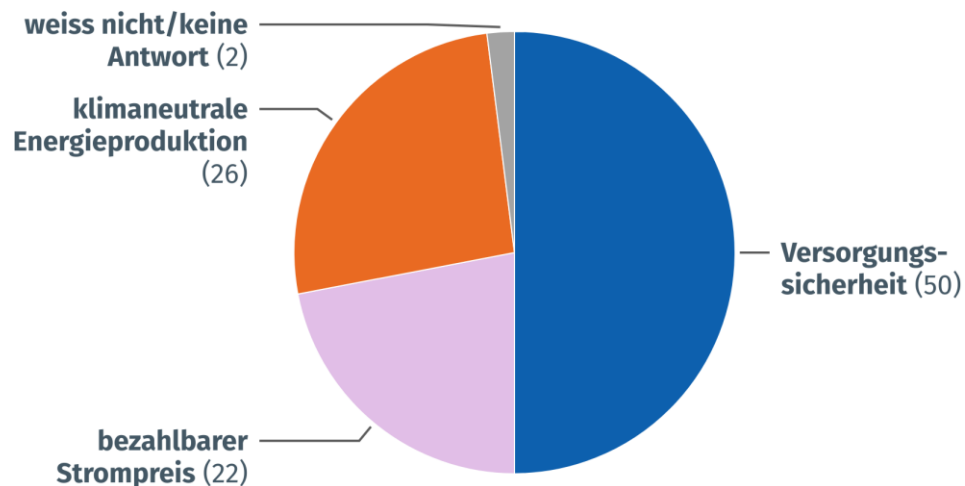
Erste Präferenz

Die Schweizer Stromproduktion hat grundsätzlich drei Aufgaben zu erfüllen:

- Versorgungssicherheit
- bezahlbarer Strompreis
- klimaneutrale Energieproduktion

Wenn Sie selber entscheiden könnten, welche der drei Aufgaben soll aus Ihrer Sicht an erster Stelle stehen, welche an zweiter Stelle und welche an dritter Stelle?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023 (N=1003)

Mit 50 Prozent (-3) gewichtet sogar eine absolute Mehrheit der Stimmberechtigten die Versorgungssicherheit am höchsten der drei Aufgaben. Ein Viertel gibt die klimaneutrale Energieproduktion als erste Priorität an (26%, +1), rund jede:r Fünfte sieht den bezahlbaren Strompreis als wichtigste Aufgabe (22%, +1).

An zweiter Stelle wird am häufigsten der bezahlbare Strompreis genannt (42%, -2). Ein Drittel der Schweizer:innen sieht die Versorgungssicherheit als zweitwichtigste Aufgabe der Schweizer Stromproduktion (33%, ±0), und die übrigen 23 Prozent (+1) nennen eine klimaneutrale Produktion an zweiter Stelle.

Grafik 8

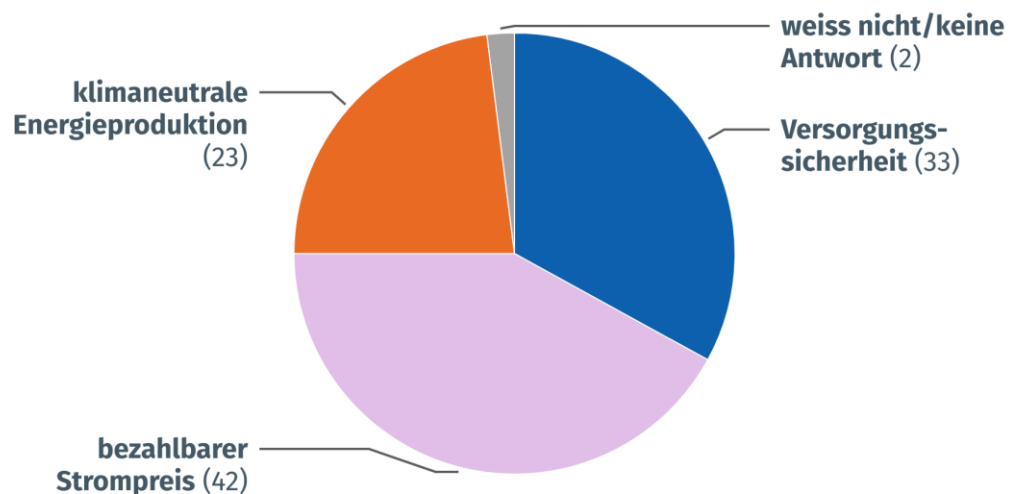
Zweite Präferenz

Die Schweizer Stromproduktion hat grundsätzlich drei Aufgaben zu erfüllen:

- Versorgungssicherheit
- bezahlbarer Strompreis
- klimaneutrale Energieproduktion

Wenn Sie selber entscheiden könnten, welche der drei Aufgaben soll aus Ihrer Sicht an erster Stelle stehen, welche an zweiter Stelle und welche an dritter Stelle?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023 (N=1003)

Von den drei Aufgaben wird klar am häufigsten die klimaneutrale Stromproduktion als dritte Priorität der drei Aufgaben genannt. Insgesamt gewichtet etwas weniger als die Hälfte der Stimmbürger:innen die klimaneutrale Stromproduktion am tiefsten (47%, -5). Ein Drittel nennt den bezahlbaren Strompreis an dritter Stelle (34%, +1), und deutlich am wenigsten wird die Versorgungssicherheit als letztes genannt (16%, +2).

Grafik 9

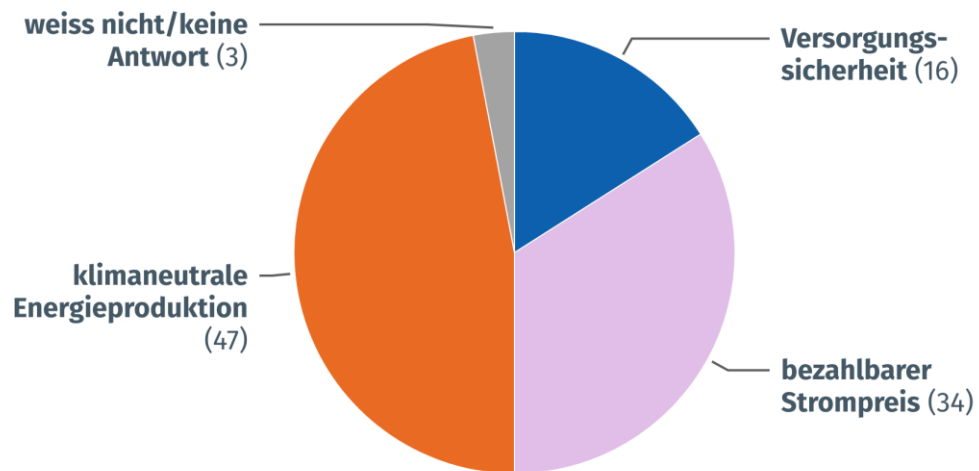
Dritte Präferenz

Die Schweizer Stromproduktion hat grundsätzlich drei Aufgaben zu erfüllen:

- Versorgungssicherheit
- bezahlbarer Strompreis
- klimaneutrale Energieproduktion

Wenn Sie selber entscheiden könnten, welche der drei Aufgaben soll aus Ihrer Sicht an erster Stelle stehen, welche an zweiter Stelle und welche an dritter Stelle?

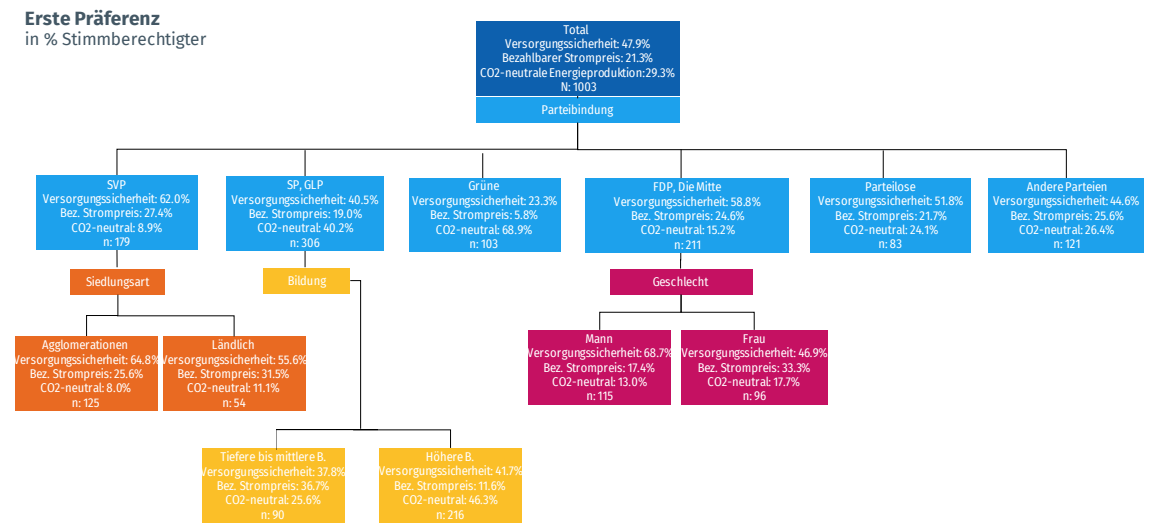
in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023 (N=1003)

Die Parteipräferenz stellt sich dabei als effektive Erklärung für die Priorisierung der drei Aufgaben heraus:

Grafik 10



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle2, April 2023

Die Anhängerschaft der SVP, FDP und Mitte sehen zwar – wie die Stimmbevölkerung als Ganzes – klar mehrheitlich die Versorgungssicherheit als wichtigste Aufgabe (62% bzw. 58.8%). Allerdings ist der Anteil, der den bezahlbaren Strompreis priorisiert (27.4% bzw. 24.6%), überdurchschnittlich hoch. Bei der SVP ist die Siedlungsart ein weiterer relevanter Erklärungsfaktor: In ländlichen Gebieten ist ein bezahlbarer Strompreis (31.5%) noch wichtiger als in Agglomerationen (25.6%). Bei der FDP und der Mitte ist das Geschlecht ein wichtiger Erklärungsfaktor: Ein bezahlbarer Strompreis wird von Frauen fast doppelt so häufig als wichtigster Faktor genannt (33.3%) wie bei den Männern (17.4%).

Stimmbürger:innen, die der GLP und SP nahe stehen, gewichten circa gleich häufig die Versorgungssicherheit (40.5%) und die klimaneutrale Energieproduktion (40.2%) am stärksten. In dieser Gruppe stellt sich der formale Bildungsgrad als entscheidender Faktor für die weiteren Unterschiede heraus: Personen mit einem formal tieferen bis mittleren Bildungsgrad legen drei Mal häufiger Wert auf einen bezahlbaren Strompreis (36.7%) als Personen mit einem höheren Bildungsniveau (11.6%). Höher gebildete Personen hingegen nennen im Vergleich fast doppelt so häufig die CO₂-neutrale Produktion als erste Präferenz (46.3%).

Die Anhänger:innen der Grünen sind die einzigen, die die Versorgungssicherheit nicht am häufigsten als erste Priorität sehen (23.3%) sondern die klimaneutrale Energieproduktion (68.9%). Ein bezahlbarer Strompreis ist in dieser Gruppe praktisch für niemanden die wichtigste Aufgabe (5.8%).

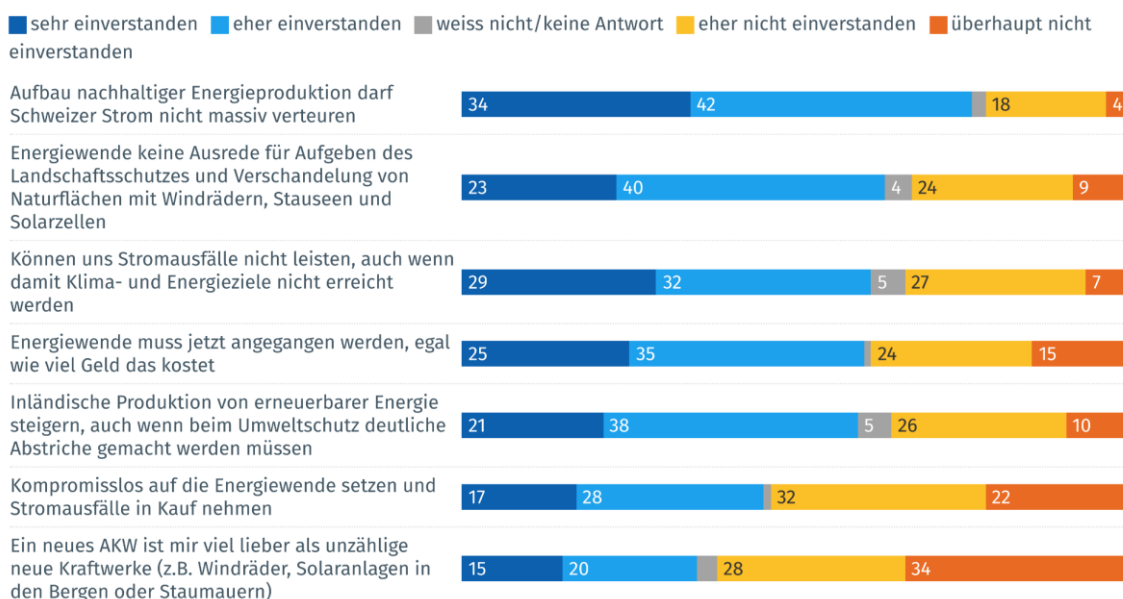
Die für viele Stimmbürger:innen tiefere Gewichtung der klimaneutralen Energieproduktion beziehungsweise der Energiewende bestätigt sich bei der Beurteilung der Möglichkeiten wie mit den Konflikten zwischen den drei Aufgaben umgegangen werden kann. Am höchsten ist die Zustimmung nämlich zu den drei Aussagen, die den Strompreis, den Landschaftsschutz oder die Versorgungssicherheit gegenüber der nachhaltigen Energieproduktion oder den Klima- und Energiezielen priorisieren:

Grafik 11

Möglichkeiten Umgang mit Konflikten

Im folgenden können Sie einige Möglichkeiten lesen, wie man mit Konflikten zwischen den drei Aufgaben umgehen kann. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie mit einer solchen Möglichkeit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023 (N=1003)

76 Prozent (+2) der Schweizer Stimmberechtigten sind eher oder sehr einverstanden damit, dass der Aufbau nachhaltiger Energieproduktion den Strom in der Schweiz nicht massiv verteuern darf. Dass die Energiewende nicht auf Kosten des Landschaftsschutzes geschehen darf, überzeugt 63 Prozent der Stimmberechtigten (+4). Dass wir uns Stromausfälle nicht leisten können, auch wenn dies auf Kosten der Klima- und Energieziele geschieht, ist ebenfalls für über 60 Prozent der Stimmbürger:innen klar (61% eher oder sehr einverstanden, -7).

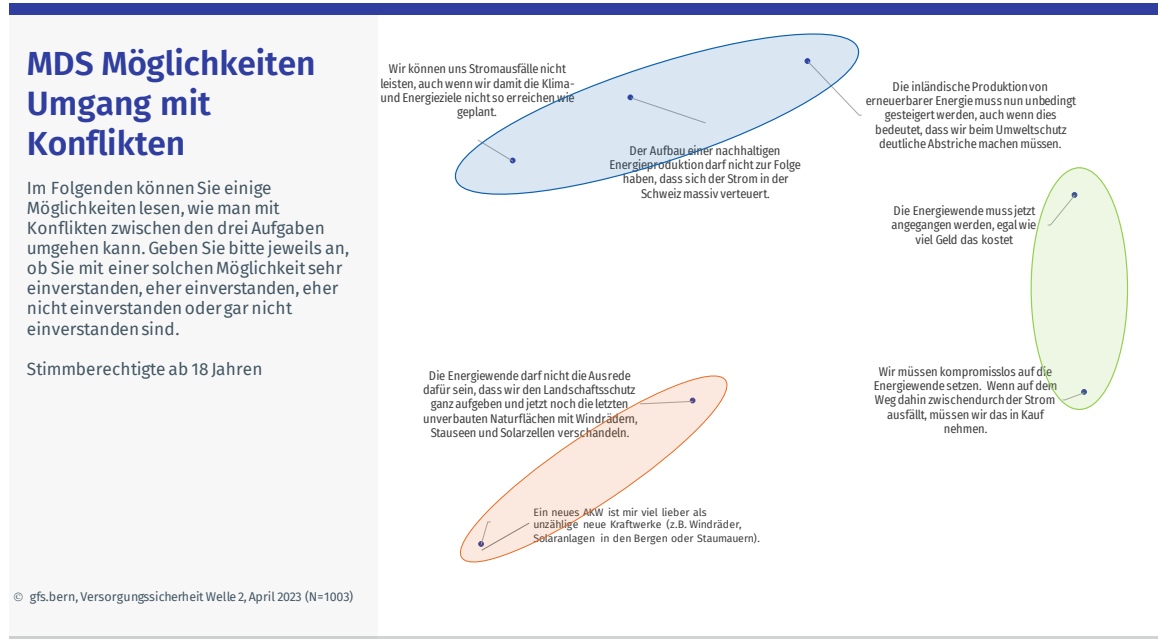
Am Ende der Liste stehen hingegen die Aussagen, welche von einer absoluten Mehrheit abgelehnt werden. Eine kompromisslose Umsetzung der Energiewende und die Inkaufnahme von Stromausfällen lehnen 54 Prozent der Befragten ab (-4). Noch stärker verworfen wird die neu abgefragte Aussage, dass man ein neues Atomkraftwerk gegenüber vielen anderen neuen Kraftwerken bevorzugt (62%).

Demgegenüber findet sich die gewünschte Rolle der erneuerbaren Energien hingegen im Zustimmungsmittelfeld: So ist aus Sicht der Schweizer Stimmberechtigten mehrheitlich klar, dass keine Kosten gescheut werden dürfen für die schnelle Umsetzung der Energiewende (60%, +5) sowie dass die inländische Produktion erneuerbarer Energie gesteigert werden muss, auch wenn man beim Umweltschutz deutliche Abstriche machen muss (59%, -8).

Dass sich die Haltung entlang dieser Konfliktlinie nicht anhand des bisherigen Schemas erklären lässt, zeigt auch die Aufschlüsselung der Zustimmung nach Parteiaffinität. Die Bereitschaft für Abstriche im Umweltschutz ist aber unter den Anhänger:innen der FDP und SVP deutlich höher als dies bei der Anhängerschaft der Grünen oder den Parteilosen der Fall ist. Im Mittelfeld der Zustimmung finden sich die Lager der Mitte, der SP und der GLP. Gleichzeitig ist aber auch die Zustimmung, dass die Natur nicht durch Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energie verschandelt werden darf, unter den Anhänger:innen der FDP, Mitte und SVP besonders hoch und unter Sympathisant:innen der Grünen und Grünliberalen vergleichsweise tief. Die Zustimmung der Parteilosen und der SP-Anhängerschaft findet sich im Mittelfeld.

Werden diese vorgeschlagenen Möglichkeiten, wie mit den Konflikten des Trilemmas umgegangen werden soll, ebenfalls mittels MDS dargestellt, gruppieren sich die Items in drei Gruppen:

Grafik 12



Die erste Gruppe, am oberen Ende der Grafik situiert und blau eingefärbt, setzt sich für Versorgungssicherheit, bezahlbare Energiepreise und eine höhere Inlandproduktion von erneuerbaren Energien ein.

Am unteren Ende der Grafik findet sich die rote Gruppe, welche eine Präferenz für ein neues Atomkraftwerk anstelle von unzähligen neuen anderen Kraftwerken aufweist. Ergänzend finden sich die beiden Aussagen, dass der Landschaftsschutz nicht aufgrund der Energiewende aufgegeben werden darf und dass unverbauten Naturflächen nicht verschandelt werden dürfen.

Die Gruppe am rechten Rand der Grafik (grün eingefärbt) möchte kompromisslos auf die Energiewende setzen und dabei keine Stromausfälle und höheren Kosten scheuen.

Diese Gruppenbildung zeigt zwei Konfliktdimensionen auf. Die erste Dimension besteht dabei aus den zwei Polen Pro- beziehungsweise Kontra-Energiewende. Personen,

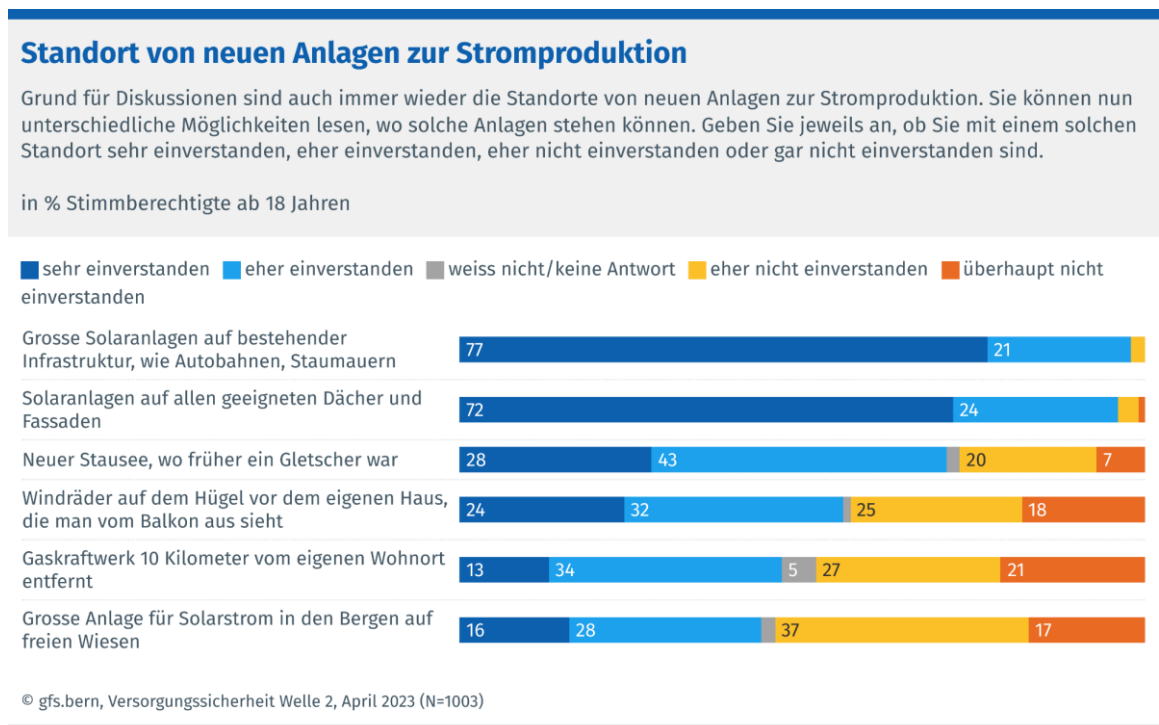
die die Energiewende aufgrund des Kostenarguments ablehnen, sprechen sich also auch aufgrund der Versorgungssicherheit gegen die Energiewende aus und umgekehrt. Wer die Energiewende zu egal welchem Preis befürwortet, nimmt auch Stromausfälle dafür in Kauf. Auf der zweiten Dimension haben Bedenken gegenüber der Umwelt aufgrund reger Bautätigkeit im Bereich erneuerbarer Energien und der Wunsch nach einem neuen AKW sichtbare Berührungspunkte. Augenscheinlich ist der Verschandlungsaspekt durch Neubauten sichtbar auch rechtskonservativ gestützt (Heimatschutz) und damit näher am eher bürgerlichen Wunsch nach einem neuen Atomkraftwerk.

Dass sich die Haltung entlang dieser zweiten Konfliktlinie nicht nur anhand des Trilemmas Versorgungssicherheit, Preis und Klimaschutz erklären lässt, zeigt auch die Aufschlüsselung der Zustimmung nach Parteiaffinität. Die Bereitschaft für Abstriche im Umweltschutz ist unter den Anhänger:innen der Mitte, von der FDP und SVP deutlich höher als dies bei der Anhängerschaft der Grünen der Fall ist. Gleichzeitig ist aber auch die Zustimmung, dass die Natur nicht durch Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energie verschandelt werden darf, unter den Anhänger:innen der SVP und der Mitte besonders hoch. Die gleichen Parteisymphatisant:innen liebäugeln auch leicht verstärkt mit einem neuen Atomkraftwerk.

2.3 Standorte zur Stromproduktion

Standorte von neuen Anlagen zur Stromproduktion werden unterschiedlich beurteilt, wobei mit zwei Ausnahmen alle absolut mehrheitlich befürwortet werden:

Grafik 13



So besteht gegen Solaranlagen praktisch kein Widerstand in der Stimmbevölkerung, solange sie nicht mitten in der Natur aufgestellt werden. Sowohl mit Solaranlagen auf

bestehender Infrastruktur (Autobahnen, Staumauern) als auch mit Anlagen auf geeigneten Dächern und Fassaden sind 98 Prozent (+3) bzw. 96 Prozent (+1) der Stimmbürger:innen eher oder sehr einverstanden. Ebenfalls unumstritten sind Stauseen, wo früher Gletscher waren (71% eher oder sehr einverstanden, +6). Die Mehrheiten werden knapper, sobald die Natur spürbarer betroffen wird: Mit Windrädern auf Hügeln, die man vom eigenen Balkon sehen kann, sind noch 56 Prozent (+1) einverstanden.

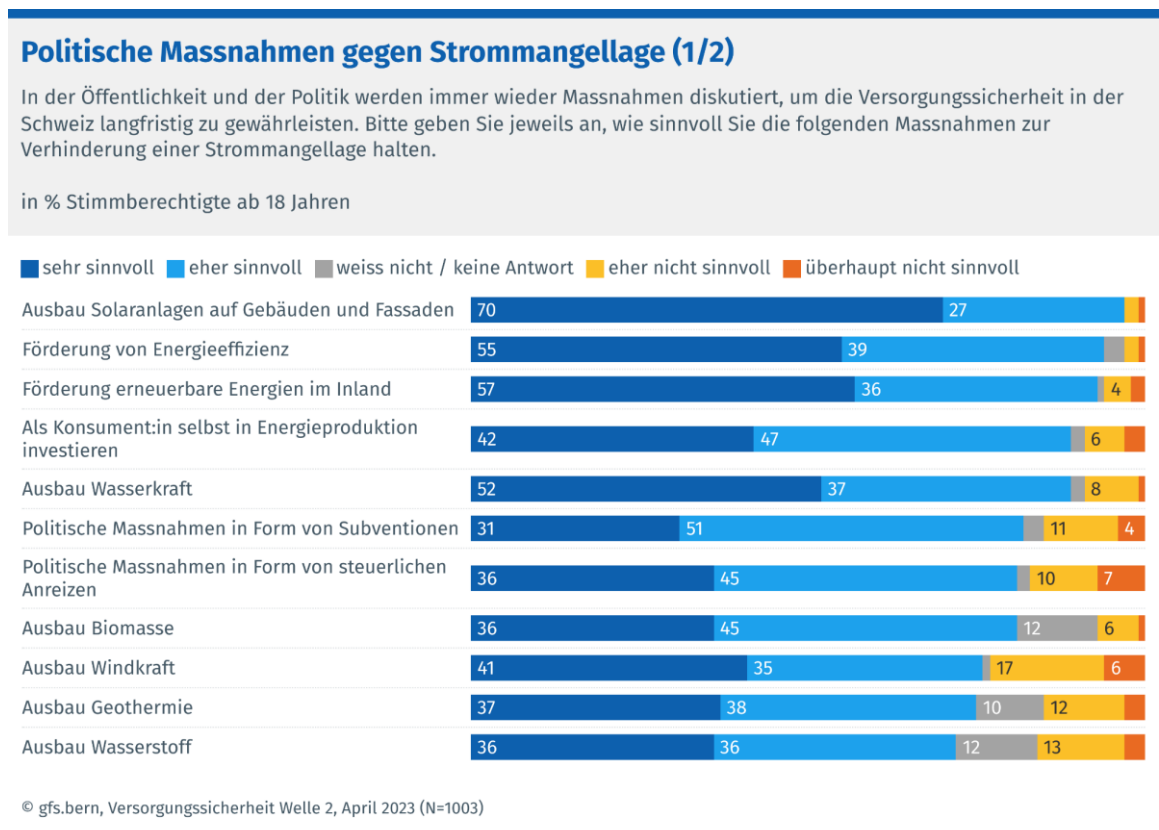
Ein Gaskraftwerk im Umkreis von zehn Kilometern rund um den eigenen Wohnort spaltet die Stimmbürgerschaft: 48 Prozent (-3) sind dagegen, während 47 Prozent (+3) einverstanden sind. Neuerdings von einer absoluten Mehrheit abgelehnt werden Solarstromanlagen auf freien Wiesen (54%, +7).

Bei der Berücksichtigung der Parteiaffinität zeigt sich beim Windrad auf dem Hügel sowie den Solaranlagen in den Bergen ein bürgerlicher Heimatschutz, vor allem von Seiten der SVP, da sich in diesem Lager nur 27 Prozent respektive 28 Prozent für diese Standorte aussprechen. Die Sympathisant:innen der Grünen und der GLP hingegen sind am wenigsten für alpine Solaranlagen (51% bzw. 67% eher/sehr einverstanden) und insbesondere für Gaskraftwerke (27% bzw. 42%) zu begeistern.

2.4 Massnahmen für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Die Zustimmung zu den Massnahmen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, deckt die gesamte Bandbreite ab. So halten eigentlich alle den Solaranlagenausbau auf Gebäuden und Fassaden (97% eher oder sehr sinnvoll), die Förderung von Energieeffizienz (94%, +1) und die Förderung erneuerbarer Energien im Inland (93%, -4) für sinnvoll:

Grafik 14



Ebenfalls sehr hohe Zustimmungsraten erreichen die Massnahmen, dass man als Konsument:in selber in den Stromkreislauf investiert (89%, ±0) sowie der Ausbau der Wasserkraft (89%).

Weiter werden politische Massnahmen in Form von Subventionen (82%, -2) und in Form von steuerlichen Anreizen (81%, -1) von grossen Mehrheiten als sinnvoll betrachtet. Auch den Ausbau der Biomasse (81%) halten rund vier von fünf Schweizer:innen für sinnvoll. Auch der Ausbau der Windkraft (76%), der Geothermie (75%) oder des Wasserstoffs (72%) vermögen die Stimmberechtigten zu überzeugen.

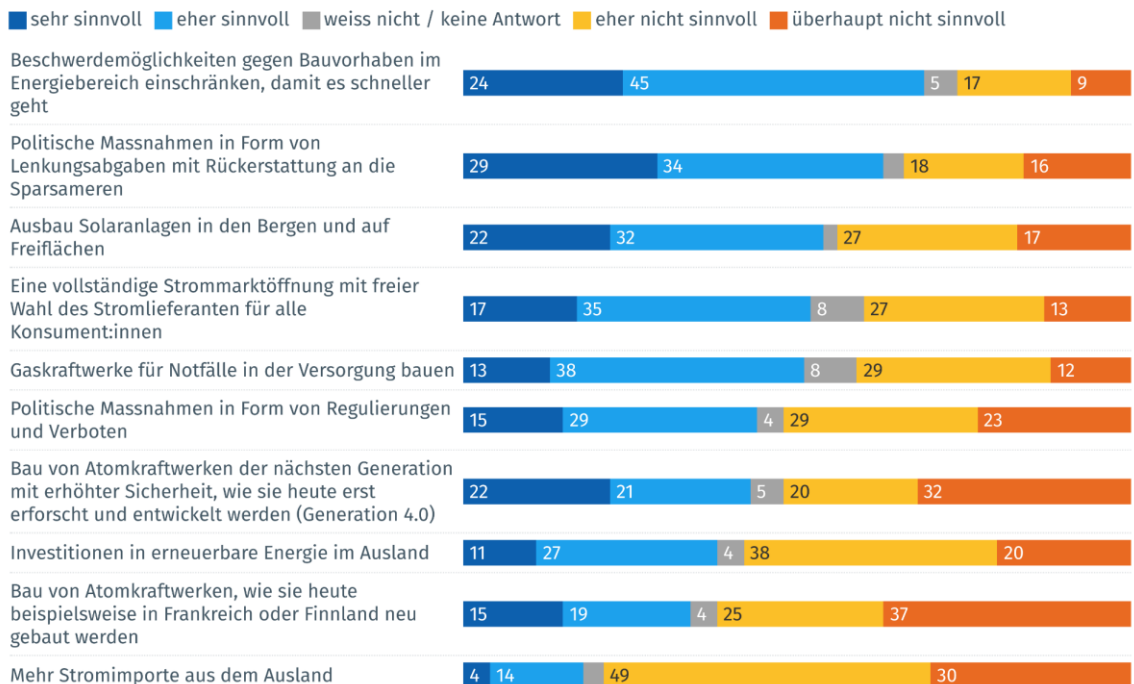
Weniger deutlich aber immer noch mehrheitlich unterstützt werden die Einschränkung der Beschwerdemöglichkeiten gegen Bauvorhaben im Energiebereich (69%, -1), Lenkungsabgaben mit Rückerstattung an Sparsame (63%, -7), Solaranlagen ausbau in Bergen und auf Freiflächen (54%), die vollständige Strommarktöffnung mit freier Lieferantwahl (52%) sowie der Bau von Notfallgaskraftwerken (51%, +2):

Grafik 15

Politische Massnahmen gegen Strommangellage (2/2)

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit in der Schweiz langfristig zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll Sie die folgenden Massnahmen zur Verhinderung einer Strommangellage halten.

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023 (N=1003)

Mehrheitlich abgelehnt werden Regulierungen und Verbote (52% eher oder überhaupt nicht sinnvoll, +2), der Bau von Atomkraftwerken der neusten Generation 4.0 (52%), Investitionen in erneuerbare Energien im Ausland (58%, +3) und Bau von neuen Atomkraftwerken der aktuellen Generation (62%). Diese leichte Unterscheidung in der Zustimmungshöhe zwischen Atomkraftwerken der dritten und vierten Generation ist

spannend: An sich wollen Mehrheiten keine neuen Atomkraftwerke, wenn schon bevorzugt man aber Atomkraftwerke, wie sie erst erforscht werden gegenüber den aktuell verfügbaren. Unverändert das deutliche Schlusslicht bilden Stromimporte aus dem Ausland (79%).

Massnahmen im Rahmen von Regulierungen und Verboten, Lenkungsabgaben und Investitionen in erneuerbare Energien im Ausland werden deutlich stärker von den Grünen, der SP und der Mitte befürwortet:

Grafik 16

Zustimmung zu politische Massnahmen gegen Stromangellage nach Partei

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll sie die folgenden Massnahmen zur Verhinderung einer Stromangellage halten.

in % Stimmberechtigte der jeweiligen Partei, die Massnahme eher oder sehr sinnvoll finden

Variable	Grüne	SP	GLP	Die Mitte	FDP	SVP
Förderung erneuerbare Energien im Inland	97	99	100	93	92	86
Förderung von Energieeffizienz	97	97	99	99	94	92
Als Konsument:in selbst in Energieproduktion investieren	96	94	97	98	85	87
Ausbau Solaranlagen auf Gebäuden und Fassaden	97	99	97	89	99	97
Politische Massnahmen in Form von steuerlichen Anreizen	85	91	95	78	93	78
Ausbau Windkraft	84	87	93	73	70	65
Ausbau Wasserkraft	86	89	89	93	90	88
Politische Massnahmen in Form von Lenkungsabgaben mit Rückerstattung an die Sparsamern	91	73	87	62	49	33
Politische Massnahmen in Form von Subventionen	82	92	87	84	82	80
Ausbau Biomasse	75	80	82	88	88	88
Möglichkeit für Beschwerden gegen Bauvorhaben im Energiebereich einschränken, damit es schneller geht	61	70	76	72	84	70
Ausbau Solaranlagen in den Bergen und auf Freiflächen	62	56	75	61	52	34
Ausbau Wasserstoff	63	69	74	81	88	78
Ausbau Geothermie	73	79	72	73	80	79
Politische Massnahmen in Form von Regulierungen und Verboten	82	69	65	46	27	14
Investitionen in erneuerbare Energie im Ausland	65	52	55	42	27	16
Eine vollständige Strommarktöffnung mit freier Wahl des Stromlieferanten für alle Konsument:innen und Konsumenten	33	49	48	45	65	56
Gaskraftwerke für Notfälle in der Versorgung bauen	32	50	38	43	69	63
Bau von Atomkraftwerken der nächsten Generation mit erhöhter Sicherheit, wie sie heute erst erforscht und entwickelt werden (Generation 4.0)	15	26	26	67	63	45
Bau von Atomkraftwerken, wie sie heute beispielsweise in Frankreich oder Finnland neu gebaut werden	11	15	17	40	53	42
Mehr Stromimporte aus dem Ausland	11	20	16	8	14	29

© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023 (n= 799)

Solaranlagen in Bergen und auf Freiflächen finden vermehrt Anklang bei den Grünen, der GLP und der Mitte. Im rechts-konservativen Lager werden Notfallgaskraftwerke und vollständige Strommarktöffnung deutlich stärker unterstützt. Der Bau neuer

Atomkraftwerke (aktuelle Generation) wird am stärksten von der FDP unterstützt, während der Bau der neusten Generation neben der FDP auch mehrheitlich von der Mitte befürwortet wird. Diese beiden Massnahmen werden im links-grünen Lager hingegen sehr kritisch beurteilt.

Anhänger:innen der GPS, SP und GLP haben gemeinsam, dass die Förderung erneuerbarer Energien im Inland sowie Energieeffizienz in den Top drei Massnahmen sind. Bezüglich Investitionen in erneuerbare Energie im Ausland bilden SP und GLP gemeinsam die mittlere Position zwischen den Grünen und den bürgerlichen Parteien. Im Lager der Mitte befürwortet man am häufigsten eine erhöhte Energieeffizienz, Investitionen als Konsument:in und einen Ausbau der Wasserkraft. Die FDP und SVP weisen in ihren Top drei Massnahmen Gemeinsamkeiten auf, weil sie beide Solaranlagen auf Gebäuden und Fassaden sowie eine Erhöhung der Energieeffizienz unterstützen. Speziell in der FDP werden steuerliche Anreize zusätzlich unterstützt, während die Wasserkraft bei der SVP Anklang findet. Mehr Stromimporte aus dem Ausland werden durchs Band hinweg deutlich von allen politischen Lagern als nicht sinnvolle Massnahme beurteilt.

Das Alter der Stimmberechtigten hat einen weniger starken Einfluss auf die Beurteilung der politischen Massnahmen. Insbesondere bei den mehrheitlich positiv bewerteten Massnahmen herrscht grösstenteils generationenübergreifende Einigkeit:

Grafik 17

Zustimmung zu politische Massnahmen gegen Strommangellage nach Alter

In der Öffentlichkeit und der Politik werden immer wieder Massnahmen diskutiert, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Bitte geben Sie jeweils an, wie sinnvoll sie die folgenden Massnahmen zur Verhinderung einer Strommangellage halten.

in % Stimmberechtigte der jeweiligen Partei, die Massnahme eher oder sehr sinnvoll finden

Variable	18-39 Jahre	40-64 Jahre	65+ Jahre	% Stimm-berechtigte ab 18 Jahren
Ausbau Solaranlagen auf Gebäuden und Fassaden	97	98	92	97
Förderung von Energieeffizienz	95	94	92	94
Förderung erneuerbare Energien im Inland	85	97	94	93
Als Konsument:in selbst in Energieproduktion investieren	89	95	81	89
Ausbau Wasserkraft	90	92	84	89
Politische Massnahmen in Form von Subventionen	80	85	80	82
Politische Massnahmen in Form von steuerlichen Anreizen	78	87	74	81
Ausbau Biomasse	70	87	83	81
Ausbau Windkraft	72	80	73	76
Ausbau Geothermie	72	78	76	75
Ausbau Wasserstoff	58	80	77	72
Möglichkeit für Beschwerden gegen Bauvorhaben im Energiebereich einschränken, damit es schneller geht	64	73	66	69
Politische Massnahmen in Form von Lenkungsabgaben mit Rückerstattung an die Sparsameren	67	53	72	63
Ausbau Solaranlagen in den Bergen und auf Freiflächen	58	49	58	54
Eine vollständige Strommarktöffnung mit freier Wahl des Stromlieferanten für alle Konsument:innen und Konsumenten	43	53	63	52
Gaskraftwerke für Notfälle in der Versorgung bauen	38	55	58	51
Politische Massnahmen in Form von Regulierungen und Verboten	55	37	42	44
Bau von Atomkraftwerken der nächsten Generation mit erhöhter Sicherheit, wie sie heute erst erforscht und entwickelt werden (Generation 4,0)	46	37	51	43
Investitionen in erneuerbare Energie im Ausland	39	34	43	38
Bau von Atomkraftwerken, wie sie heute beispielsweise in Frankreich oder Finnland neu gebaut wird	36	29	41	35
Mehr Stromimporte aus dem Ausland	11	20	26	18

© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023(N=1003)

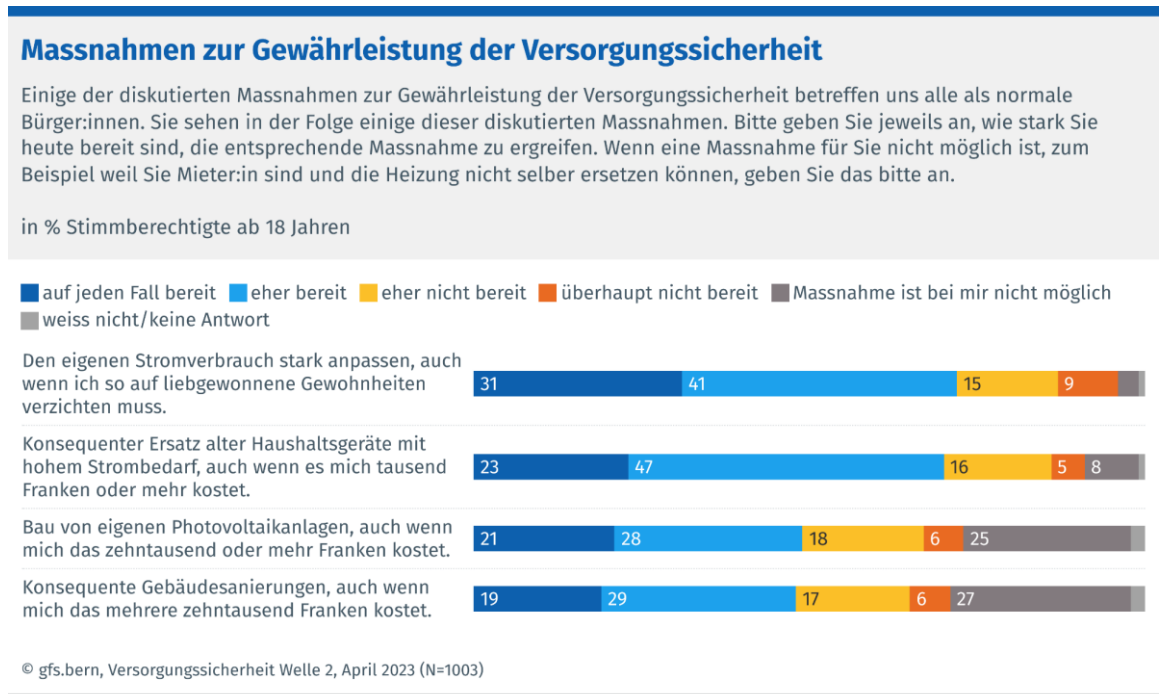
Junge Stimmbürger:innen unter 40 Jahren halten als einzige Gaskraftwerke sowie eine vollständige Strommarktöffnung nicht für mehrheitlich sinnvoll. Regulierungen und Verbote halten sie hingegen für sinnvoller als die anderen Stimmbürger:innen.

In der mittleren Altersgruppe der zwischen 40- und 65-Jährigen werden Lenkungsabgaben zwar von einer Mehrheit als sinnvoll erachtet, jedoch spürbar weniger als bei den anderen Altersklassen. Solaranlagen in den Bergen und auf Freiflächen finden hier im Vergleich zu den anderen Altersgruppen keine mehrheitliche Unterstützung beziehungsweise spürbar weniger Unterstützung, wie man es bei Verboten und Regulierungen sowie dem Neubau von Atomkraftwerken (inkl. Generation 4.0) beobachten kann.

Personen über 65-Jahren sind die einzige Altersgruppe welche sich mehrheitlich für den Bau der neusten Atomkraftwerkgeneration begeistern kann. Vergleichsweise besonders stark ist hier der Rückhalt für die vollständige Strommarktöffnung sowie Lenkungsabgaben.

Bei allen für Privatpersonen möglichen Massnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit gibt mindestens eine relative Mehrheit an, zu deren Umsetzung eher oder auf jeden Fall bereit zu sein:

Grafik 18



Die grösste Umsetzungsbereitschaft ist bei der Anpassung des eigenen Stromverbrauchs zu finden, auch wenn man auf liebgegewonnene Gewohnheiten verzichten muss (72% eher/auf jeden Fall bereit). An zweiter Stelle sind die Stimmbürger:innen bereit, konsequent alte Haushaltsgeräte durch effizientere zu ersetzen, auch wenn das deutliche Mehrkosten mit sich bringt (70%). Jeweils eine relative Mehrheit würde sich bereit erklären, eine eigene Photovoltaikanlage zu bauen (49%) oder konsequente Gebäudesanierungen vorzunehmen (48%). Bei diesen Massnahmen gibt jedoch jeder Vierte an, dass diese bei ihr / ihm nicht umsetzbar ist, z.B. aufgrund des Mietverhältnisses.

Unter Berücksichtigung der Parteibindung lassen sich Unterschiede erkennen: Im Lager der Grünen, der SP, der GLP und der Mitte möchte man am ehesten den eigenen Verbrauch anpassen (89% / 82% / 85% / 77% eher/sehr einverstanden), während Anhänger:innen der FDP (77%) und SVP (61%) sowie Parteilose (74%) am ehesten bereit sind alte Haushaltsgeräte zu ersetzen. Die unbeliebtesten Massnahmen für das SVP-Lager sind Gebäudesanierungen (29% eher/sehr einverstanden), während es bei den Sympathisant:innen der Grünen Gebäudesanierungen und eigene Photovoltaikanlagen sind (jeweils 67%). Anhänger:innen der SP, der Mitte und der GLP sowie Parteilose sind am wenigsten bereit Gebäude zu sanieren (50% / 48% / 62% / 44%).

2.5 Stromabkommen Schweiz – EU

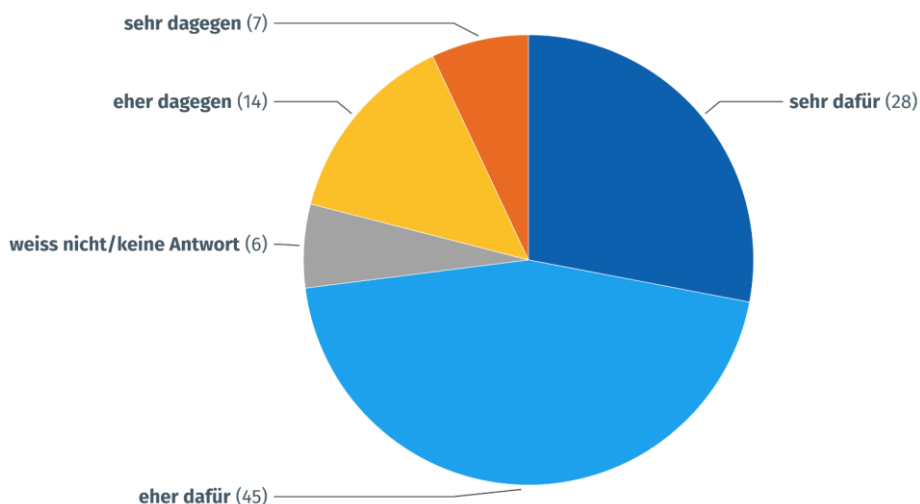
Einem Stromabkommen zwischen der Schweiz und der EU gegenüber wären die Schweizer Stimmberechtigten grundsätzlich positiv gesinnt:

Grafik 19

Stromabkommen Schweiz - EU

Ein Abkommen mit der EU im Strombereich hätte positive Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit der Schweiz. Ganz spontan, Sie sie sehr dafür, dass die Schweiz mit der EU ein solches Abkommen abschliesst, sind Sie eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023 (N=1003)

Eine klare Mehrheit von 73 Prozent (+9) wäre eher oder sehr für ein solches Abkommen. Dem gegenüber stehen 21 Prozent (-9), die eher oder sehr gegen ein Abkommen mit der EU im Strombereich sind.

Im links-grünen Lager ist die Zustimmung zu einem solchen Abkommen besonders hoch:

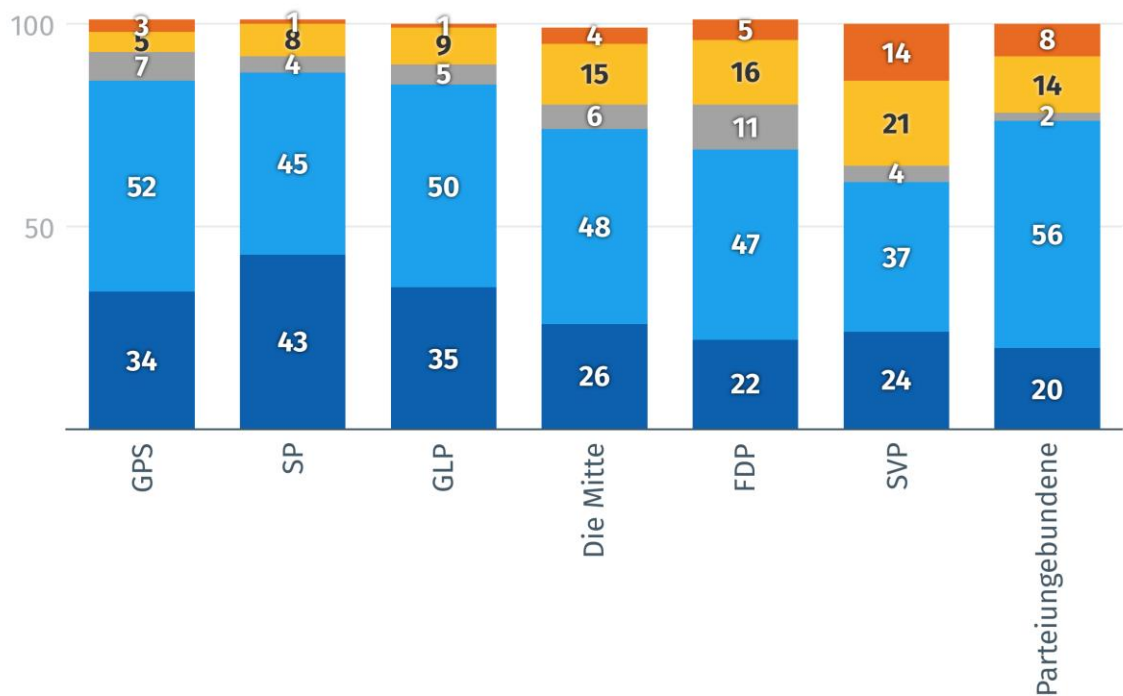
Grafik 20

Stromabkommen Schweiz - EU nach Partei

Ein Abkommen mit der EU im Strombereich hätte positive Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit der Schweiz. Ganz spontan, Sie sie sehr dafür, dass die Schweiz mit der EU ein solches Abkommen abschliesst, sind Sie eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

■ sehr dafür ■ eher dafür ■ weiss nicht/keine Antwort ■ eher dagegen ■ sehr dagegen



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023(n=882), sig.

Sowohl die Anhänger:innen der Grünen (86% eher oder sehr dafür, +1) als auch der SP (88%, +6) und GLP (85%, -5) würden das Stromabkommen mit grossen Mehrheiten befürworten. Weiter sind auch die Sympathisant:innen der Mitte (74%, +17) und der FDP (69%, -4) sowie Parteiungebundene (76%, +15) mehrheitlich für das Stromabkommen.

Die grösste Veränderung ist im Lager der SVP zu finden. War die SVP-Anhängerschaft letztes Jahr noch alleine in Oppositionsstellung, hat sie sich dieses Jahr den anderen Parteien angeschlossen und ist nun ebenfalls mehrheitlich für ein Stromabkommen (61%, +25).

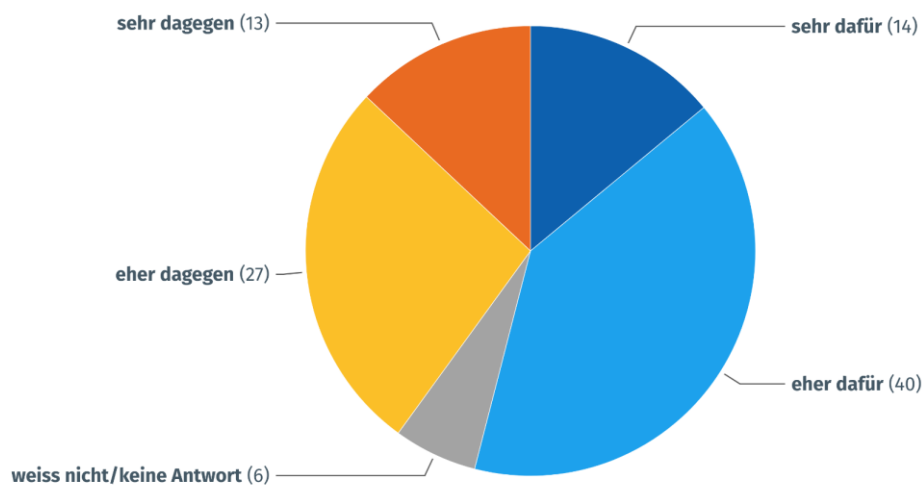
Werden diesem hypothetischen Szenario eines Stromabkommens mit der EU zusätzlich Zugeständnisse gegenüber der EU beigefügt, verändert sich der Rückhalt innerhalb der Stimmbevölkerung spürbar:

Grafik 21

Stromabkommen Schweiz - EU trotz Kompromissen

Und unter der Annahme, dass die Schweiz wegen dem Stromabkommen gegenüber der EU gewisse Zugeständnisse eingehen muss: Sind Sie unter diesen Bedingungen sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen, dass die Schweiz mit der EU ein solches Abkommen abschliesst?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023 (N=1003)

Unter dieser Annahme sinkt die Zustimmung auf deutlich tiefere, aber immer noch absolut mehrheitliche 54 Prozent. Dem gegenüber stehen 40 Prozent, die eher oder sehr dagegen sind.

Wird auch die Zustimmung zu einem solchen Abkommen nach Parteisympathie aufgeschlüsselt, sinkt die Zustimmung in allen Lagern, bleibt aber im links-grünen Lager und der Mitte mehrheitlich:

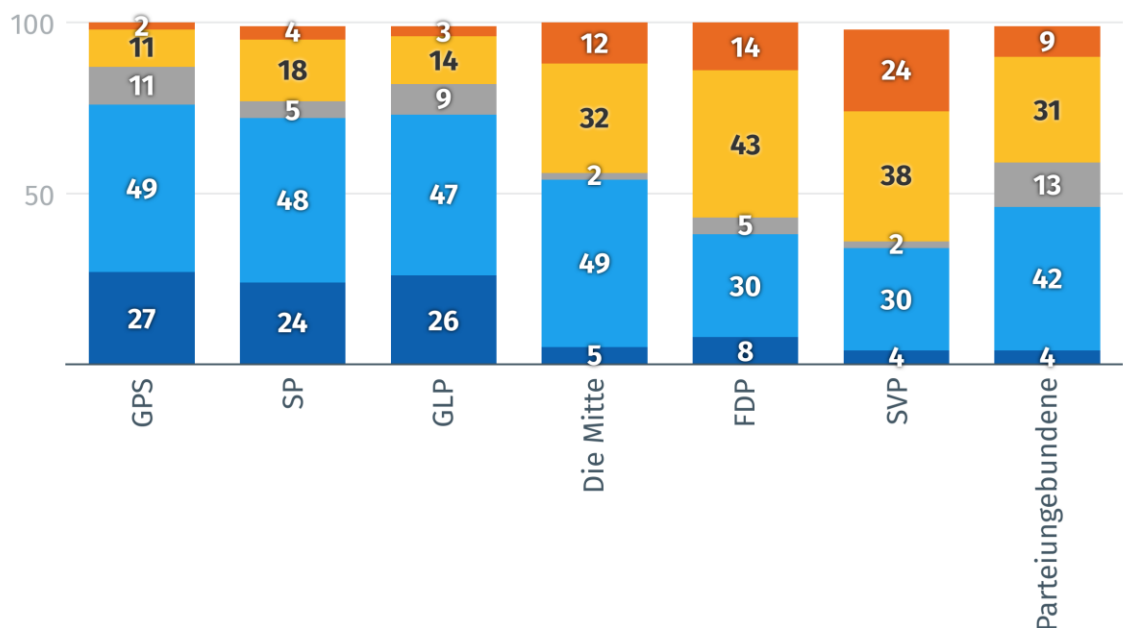
Grafik 22

Stromabkommen Schweiz - EU trotz Zugeständnissen nach Partei

Und unter der Annahme, dass die Schweiz wegen dem Abkommen gewisse Zugeständnissen gegenüber der EU eingehen muss: Sind Sie unter diesen Bedingungen sehr dafür, dass die Schweiz mit der EU ein solches Abkommen abschliesst, sind Sie eher dafür, eher dagegen oder sehr dagegen?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

■ sehr dafür ■ eher dafür ■ weiss nicht/keine Antwort ■ eher dagegen ■ sehr dagegen



© gfs.bern, Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023(n=882), sig.

Unter diesen Voraussetzungen bleibt die Zustimmung nur noch unter den Anhänger:innen der Grünen (76% eher oder sehr dafür, -10 im Vergleich zum Stromabkommen ohne Zugeständnisse), der SP (72%, -16) und der GLP (73%, -12) mehrheitlich, jedoch weiterhin mit recht komfortablem Vorsprung. Relativ knapp fällt die Mehrheit bei der Mitte aus: Noch 54 Prozent der Sympathisant:innen unterstützen ein solches Abkommen in dieser Situation (-20).

Besonders stark sinkt die Zustimmung bei den Anhänger:innen der FDP (38%, -31) und SVP (34%, -27) sowie bei den Parteilosen (46%, -30).

3 Synthese

Grundsätzlich sind die Schweizer Stimmberechtigten mit der Energiepolitik unverändert zufrieden. Dies zeigt sich anhand des mehrheitlichen Einverständnisses mit der Energiepolitik als Ganzes (59% eher oder sehr einverstanden), aber auch mit der Zustimmung zu den abgefragten Aussagen zur Energie- und Umweltpolitik. Konkret finden wir erneut sehr hohe Zustimmung für die Förderung erneuerbarer Energie; einerseits als gelebter Umweltschutz, andererseits zur Förderung der Energieunabhängigkeit. Dies scheint insbesondere in Bezug zu stehen mit dem Import fossiler Energie aus nichtdemokratischen Ländern, speziell im Kontext des Ukrainekrieges, und erhält immer noch Zustimmung weit über das klassische Klima-Lager hinaus, wenn auch etwas rückläufig im Vergleich zum Vorjahr. Unverändert spiegeln sich die drei zentralen Aufgaben der Stromproduktion – klimaneutrale Produktion, bezahlbarer Strompreis und Versorgungssicherheit – in der Beurteilung der Aussage. Das Bewusstsein für die drei Aufgaben und deren Priorisierung scheint also ungebrochen vorhanden zu sein.

Der erste Winter mit einer möglichen Strommangellage fiel weniger kalt aus und entschärfte somit die Befürchtungen. Die Kommunikation diverser Akteure fokussiert sich aber weiterhin darauf, die Bevölkerung für den nächsten Winter zu sensibilisieren, da die Gefahr einer Energiemangellage noch nicht behoben werden konnte. Somit bleibt sie ein Schlüsselmomentum für die Energiewende und Klimaneutralität. An der konkreten Priorisierung der drei Aufgaben hat sich im Vergleich zum Vorjahr nichts verändert: Die Versorgungssicherheit bleibt die klare Nummer eins, während die klimaneutrale Energieproduktion von einer Mehrheit als dritte Präferenz angegeben wird. Als bester Erklärungsansatz für die Priorisierung dient die Parteipräferenz, wobei fast alle Lager die Versorgungssicherheit am häufigsten als erste Priorität aufweisen. Einzig die Grünen entscheiden sich mit einer deutlichen Mehrheit für eine CO₂-neutrale Stromproduktion, während die SP und GLP praktisch gespalten sind zwischen der Versorgungssicherheit und der CO₂-neutralen Produktion. Erneuerbare Energien können in der Sicherstellung der Energieversorgung in der Schweiz aus mehrheitlicher Sicht eine Rolle spielen. Es gibt aber deutliche Zweifel, ob sie einen Stromengpass alleine verhindern können.

Obwohl die Versorgungssicherheit im bürgerlichen Lager klar die höchste Priorität genießt, ist der Anteil unter den SVP-Sympathisant:innen besonders hoch, während die Anhänger:innen der FDP und der Mitte vergleichsweise oft die CO₂-Neutralität betonen. Im links-grünen Lager ist ein klarer Unterschied zwischen den Anhänger:innen der SP und der GLP, welche die Versorgungssicherheit und die klimaneutrale Produktion gleich oft als wichtigste Aufgabe gewichten, und der Anhängerschaft der Grünen festzustellen, welche zu zwei Dritteln die CO₂-neutrale Produktion präferieren.

Das zwar im Grundsatz bestehende Commitment zur Förderung von klimaneutraler Energie fällt zusammen, sobald ein entsprechender Kompromiss dafür eingegangen werden muss. Dabei stellen wir in der Stimmbevölkerung auch 2023 drei Konfliktlinien fest:

- Die erste besteht zwischen dem **Preis und der Energiewende**. Diese Dimension der Gegenargumente der Klimaschutzdebatte wird klar mehrheitlich von Seiten SVP und der FDP, etwas abgeschwächt auch von der Mitte, geteilt. Dies ist die traditionelle Angriffsfläche gegen Klimaschutzforderungen.
- Die zweite besteht zwischen der **Versorgungssicherheit und den erneuerbaren Energiequellen**. Dabei bezweifeln die Stimmbürger:innen, dass der Schweizer Energiebedarf durch Strom aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden kann. Die Diskussion der Versorgungssicherheit ist ein neueres Phänomen, vermag aber breite Teile der Stimmbevölkerung zu überzeugen. Konkret sind es sehr grosse Mehrheiten von über 80 Prozent unter den Anhängerschaften der SVP, der Mitte und der FDP, die diese Zweifel teilen. Teilten im Vorjahr jeweils fast 50 Prozent der Anhänger:innen der SP und der GLP diese Meinung, sind diese Anteile aktuell auf 41 bzw. 31 Prozent gesunken.
- Die dritte Konfliktlinie entsteht zwischen den **erneuerbaren Energietechnologien und dem Naturschutz**. Diese Kritik an Solar-, Wind- und Wasserenergie bezieht sich auf das Verhindern einer Verschandelung der Natur. Es geht also neben dem Naturvor allem auch um den Heimatschutz und die entsprechende Einschätzung stammt in erster Linie aus dem rechts-konservativen Lager und explizit nicht aus grüner Warte im Sinne des Erhalts der Biodiversität.

Bei den Möglichkeiten, wie mit den Konflikten aus dem Trilemma umgegangen werden soll, schliessen sich die Kritiker:innen der Energiewende zusammen. Wer die Versorgungssicherheit gegenüber der Energiewende priorisiert, gewichtet auch den Strompreis höher als die klimaneutrale Stromproduktion.

Die wichtigsten Instrumente zur Verhinderung der Strommangellage sind aus Sicht der Bevölkerung der Solaranlagenausbau auf Gebäuden und Fassaden, die Förderung von Energieeffizienz sowie alternativer Energien im Inland, gefolgt von privatem Investment und einem Ausbau der Wasserkraft. Unbestritten bleibt weiterhin in der Stimmbevölkerung auch, dass nach einer Lösung im Inland gesucht werden soll: Stromimporte oder Investitionen in erneuerbare Energie im Ausland werden mehrheitlich abgelehnt. Die Erfahrungen während der Coronakrise und dem Ukrainekrieg stärken weiterhin den Wunsch nach (Energie-)Unabhängigkeit. Als weitere Alternativen spalten Gaskraftwerke für den Notfall aktuell die Stimmbürgerschaft, aber Atomkraftwerke werden mehrheitlich abgelehnt. Da sie aber bei den bürgerlichen Parteien weiterhin und aktuell auch bei der Mitte durchaus auf Resonanz stossen, bleiben sie in der Energiediskussion weiterhin auf dem Tisch. Wenn schon, dann wünscht man sicher eher Atomkraftwerke der noch zu erforschenden vierten Generation, was ein Hinweis dafür sein kann, dass man in etwas noch nicht Existentes unreflektierte Wunschbilder in Bezug auf Sicherheit hineininterpretiert.

Die für Privatpersonen direkt anwendbaren Massnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit werden alle von (relativen) Mehrheiten unterstützt, wobei der Bau einer eigenen Photovoltaikanlage oder eine Gebäudesanierung für rund ein Viertel der Befragten nicht möglich ist. Insgesamt ist man bereit für Versorgungssicherheit auch individuell zu zahlen, allerdings eher einen vierstelligen als einen fünfstelligen Betrag.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Bereitschaft für ein Stromabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Selbst die Anhänger:innen der SVP sind nun bereit für einen solchen Schritt. Wird das Abkommen aber an Konzessionen gegenüber der EU geknüpft, sinkt die Unterstützung in allen Parteilagern, so dass sich die befürwortenden Mehrheiten auf die links-grünen Parteien sowie die Mitte beschränken.

4 Anhang

4.1 Anhang gfs.bern-Team

URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler (lic. rer. soc.), Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent am VMI der Universität Fribourg und an der ZHAW Winterthur

✉ urs.bieri@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, integrierte Kommunikationsanalysen, qualitative Methoden

Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet. Aktuelle Publikation: Bieri, U et al. Digitalisierung der Schweizer Demokratie, Technologische Revolution trifft auf traditionelles Meinungsbildungssystem. Vdf 2021.

ANNICK DORIOT

Junior Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ annick.doriot@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Abstimmungen, Wahlen, internationale Beziehungen, Sicherheitspolitik



THOMAS BURGUNDER

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mathematiker

✉ thomas.burgunder@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse



ROLAND REY

Mitarbeiter Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

4.2 Mandat

Der Verband Schweizer Elektrizitätsunternehmen VSE, vertreten durch Claudia Egli und Dominique Martin, fragt das Forschungsinstitut gfs.bern an, die Bevölkerungsumfrage 2022 rund um Energiepolitik und insbesondere die Sicherheit der Energieversorgung zu wiederholen. Die Bevölkerungserhebung legt dabei grossen Wert auf die Vergleichbarkeit mit der letztjährigen Erhebung und wird entsprechend nur leicht adaptiert:

- Die Analyse soll wie 2022 Einblick geben in Grundhaltungen, Einstellungen und Forderungshaltungen der Schweizer Stimmberechtigten rund um Energiepolitik und Versorgungssicherheit. Der Fragebogen soll dabei so aufgebaut werden, dass er den politischen Meinungsbildungsprozess möglichst ideal nachstellt.
- Die Studie soll zur Aufrechterhaltung der medialen Attraktivität neben einem Grossteil an unveränderten Fragen ein neues Schwerpunktthema aufnehmen. In einer ersten Auslegeordnung wurden zusammen mit den Auftraggeber:innen verschiedene Themen vordiskutiert: Energieabkommen Europa, Stromsparen, neue Abhängigkeiten durch Technologieumbau, Beständigkeit bevölkerungsseitiger Wille, Energiekapazitäten in der Schweiz auszubauen. Gestrichen wurde die Frage zur Beurteilung von Stromproduktionstechnologien, während die Unterstützung von persönlichen Sparmassnahmen neu abgefragt wurde. Gewisse bereits existierende Fragen wurden bezüglich der Antwortoptionen angepasst bzw. erweitert.

Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1'003 Stimmberechtigten der Schweiz. Die Befragung wurde zwischen dem 3. und dem 24. April 2023 mittels computerunterstützten Telefoninterviews (CATI) und Onlinebefragungen auf unserem hauseigenen Panel durchgeführt. Befragt wurde anhand eines Random Digit Dialing (RDD)/Dual-Frame-Verfahrens via Festnetz und Handy sowie zufällig eingeladenen Panelist:innen.

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeber	Verband Schweizer Elektrizitätsunternehmen VSE
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte der Schweiz, die einer der drei Hauptsprachen mächtig sind
Datenerhebung	Mixed-Mode (Online- und Telefonbefragung) <ul style="list-style-type: none"> • Online: Hauseigenes Online-Panel "Polittrends" für Stimmbevölkerung • Telefon: (CATI) mit Random Digit Dialing
Befragungszeitraum	3. bis 24. April 2023
Stichprobengrösse	Total Befragte N = 1'003 <ul style="list-style-type: none"> • n DCH: 699 • n FCH: 247 • n ICH: 57 • n Onlinepanel: 296 • n Telefonbefragung: 707
Stichprobenfehler	±3.1 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Gewichtung	Dual-Frame-Gewichtung, Alter/Geschlecht, Sprache, Siedlungsart, Bildung und Partei

©gfs.bern, Studie Versorgungssicherheit Welle 2, April 2023

Der statistische Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen beträgt:

Tabelle 2: Stichprobenfehler

ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'016	±3.1 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern

Zur Korrektur soziodemografischer Verzerrung wurde entlang der Sprachregionen, nach Bildung, nach Alter/Geschlecht sowie nach Siedlungsart gewichtet. Eine inhaltliche Gewichtung erfolgte entlang der Parteiaffinitäten.

Das für die Telefonbefragung verwendete RDD/Dual-Frame-Erhebungsverfahren verlangte zudem eine Basisgewichtung mittels Wahrscheinlichkeiten der technischen Erreichbarkeiten aufgrund der Anzahl Telefonanschlüsse.

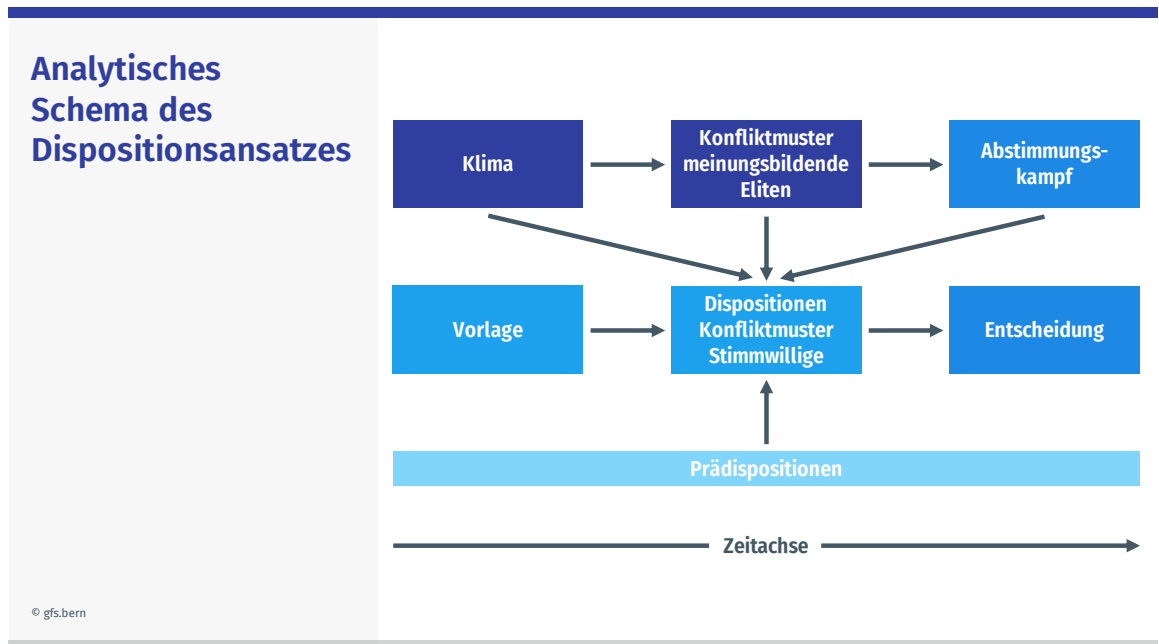
4.3 Forschungsplan

Die Studie orientiert sich am Dispositionsansatz, den gfs.bern speziell für die Analyse der politischen Meinungsbildung von Stimmberechtigten entwickelt hat.

Grundlegend ist die These, dass Ergebnisse von Einstellungen, zum Beispiel Abstimmungen oder Handlungsrelevanz, nicht ein für alle Mal feststehen, sondern in einem gewissen Masse variabel sind. Wie sie ausfallen, ist abhängig von ...

- dem Thema,
- dem Konfliktmuster in der meinungsbildenden Elite,
- einer öffentlichen Diskussion,
- der politischen Kultur und dem politischen Klima,
- den thematischen Prädispositionen und
- den Kampagnenwirkungen.

Grafik 23



Wichtige Elemente sind entsprechend dieses Ansatzes nebst der "Entscheidung" also auch "Kampagnen", die "Prädispositionen", das Umfeld bzw. "Klima" sowie die "Vorlage" selbst. Formalisiert werden Entscheidungen oder die Handlungsrelevanz als Funktion von Vorlagen, Kampagnen, Prädispositionen und des Umfeldes gesehen. Entscheidungen und Handlungsrelevanz variieren demnach, wenn sich mindestens eines dieser Elemente ändert. Allerdings können sie sich nicht beliebig entwickeln. So wird die Öffentlichkeitsarbeit durch das Umfeld und die Vorlage mitbestimmt, und Prädispositionen ändern sich in der Regel nur langfristig oder nur als Folge von veränderten Umfeldbedingungen.

4.4 Grafische Aufbereitung

Grafik 24

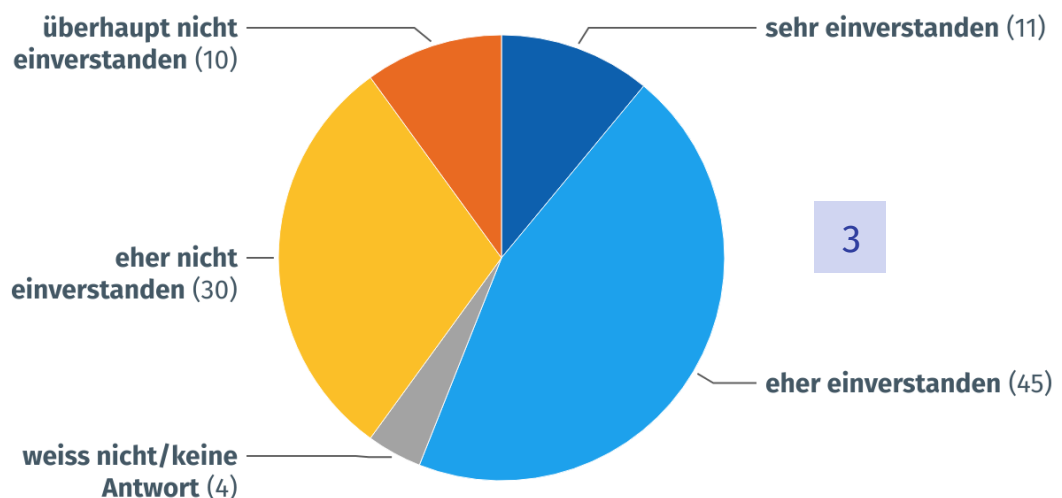
Einverständnis Energiepolitik Schweiz

1

Ganz generell: Sind Sie mit der aktuellen Energiepolitik in der Schweiz sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

in % Stimmberechtigte ab 18 Jahren

2



3

© gfs.bern, Versorgungssicherheit, April 2022 (N=1016)

4

1

Im Titel lässt sich sowohl eine schlagwortartige Zusammenfassung der Frage, als auch der genaue Fragetext ablesen. Der Fragetext selber wird von unseren Interviewenden auf Schweizerdeutsch bzw. Französisch oder Italienisch vorgetragen.

2

Die Referenzgrösse gibt darüber Aufschluss, auf welche Gruppe sich die Auswertung in der Grafik bezieht. In den meisten Fällen sind dies die Stimmberechtigten der Schweiz (wie hier der Fall).

3

Die Ergebnisse werden in grafischer Form dargestellt. Je nach angestrebter Aussage visualisieren wir Resultate mittels Kuchen-, Balken-, Säulen-, Flächen- oder Liniengrafiken. Für die Darstellung von Zusammenhängen werden Regressionsgrafiken verwendet. Ausführungen dazu finden sich bei den entsprechenden Grafiken.

4

Der Fusszeile entnimmt man sowohl den Zeitraum der Befragung (April 2022) als auch die Anzahl der befragten Personen, die für die Aussage in der entsprechenden Grafik relevant sind (hier 1016, da nicht gefiltert wurde und alle Stimmberechtigten berücksichtigt sind).

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

**SWISS INSIGHTS**
Institute Member

gfs.bern 